



Stadt Biel Ville de Bienne

Ratssekretariat
Secrétariat parlementaire

2. Stadtratsprotokoll / 2^e procès-verbal du Conseil de ville

Sitzung vom 22. Februar 2024, 18.00 Uhr

Séance du 22 Februar 2024 à 18h00

Ort: Stadtratssaal in der Burg

Lieu: salle du Conseil de ville au Bourg

Anwesend / Présents:

Arnold Marc, Arnold Niels, Augsburg-Brom Dana, Boly Kady, Bord Pascal, Briechle Dennis, Bucher Juliet, Celik Pir Chè, Clauss Susanne, Egli Roland, Francescutto Luca, Gerber Andreas, Gloor Yannick, Hamdaoui Mohamed, Heiniger Peter, Kilezi Ruth, Koller Levin, Lehmann Caroline, Leuenberger Bernhard, Loderer Benedikt, Magnin Nadia, Maurer Stefan, Moeschler Marie, Molina Franziska, Müller Lukas, Paronitti Maurice, Rindlisbacher Hugo, Rodriguez Ugolini Julian, Rüber Stefan, Scherrer Jürg, Scheuss Urs, Schiess Christophe, Schneider Sandra, Schneider Veronika, Schor Alfred, Sprenger Titus, Steinmann Alfred, Stolz Joseline, Suter Daniel, Sutter Andreas, Tanner Anna, Tennenbaum Ruth, Tonon Ariane, Torriani Latscha Isabelle, van der Meer Marion, Varrin Océane, Vlaiculescu-Graf Christiane, Vouillamoz Naomi, Wächter Olivier, Wiederkehr Martin, Zumstein Joël

Entschuldigt / Absence(s) excusée(s):

Cacciabue Anna Louise, De Maddalena Daniela, Eggimann Roman, Oberle Fabio, Roth Myriam, Schlup Nina, Stocker Julien, Wendling Cécile, Widmer Patrick

Vertretung des Gemeinderates / Représentation du Conseil municipal:

Fehr Erich, Stadtpräsident

Gemeinderätinnen / Gemeinderat: Feurer Beat, Frank Lena, Gonzalez Bassi Glenda, Pittet Natasha

Entschuldigt Gemeinderat / Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal:

-

Vorsitz / Présidence:

Benedikt Loderer, Stadtratspräsident

Sekretariat / Secrétariat:

El Mohib Omar, Ratssekretär

1.	Begrüssung.....	4
	• Erklärung der GPK	4
2.	Genehmigung der Traktandenliste	4
3.	Mitteilungen Stadtratsbüro	5
4.	Mitteilungen der Geschäftsprüfungskommission durch das Ratssekretariat.....	5
5.	Genehmigung des Protokolls vom 14. September 2023	5
6.	Ersatzwahl eines Mitglieds der Kommission RSO	5
7.	Ersatzwahl eines Mitglieds der deutschen Schulkommission	5
8.	20220250 Teilrevision des Reglements über die Parkplatzerersatzabgaben (SGR 7.2.1-3).....	6
9.	20230009 Erheblich erklärte Motionen und Postulate – Zweijahresfrist / Fristverlängerungen bzw. Abschreibungen gemäss Art. 42 und 43 der Geschäftsordnung des Stadtrates:.....	9
	Präsidialdirektion	9
	• 20140324 Dringliches Postulat, Susanne Clauss (Caroline Jean-Quartier), Fraktion SP, «Zuteilung der Fachstelle Integration an eine andere Direktion!»	9
	• 20190378 Postulat, Anna Tanner und Jarno Bigler, Fraktion SP/JUSO, «Die Stadt Biel als Arbeitgeberin braucht ein Integrationskonzept»	10
	• 20210291 Postulat, Rüber Stefan, Grüne, «Biel – Standort für ökologisch nachhaltiges Wirtschaften»	11
	• 20210366 Postulat, Koller Levin, Fraktion SP/JUSO, «Das Bieler Strandbad muss nach Saisonende für die Bevölkerung zugänglich bleiben»	13
	Finanzdirektion	14
	• 20210260 Postulat, Strobel Salome, SP, «Räume für die Politik».....	14
	• 20210295 Überparteiliches Postulat, Tanner Anna, SP, Lehmann Caroline, GLP, De Maddalena Daniela, Grüne, Kilezi Ruth, PSR, Halter Marisa, PdA, Hamdaoui Mohamed, Die Mitte, «Zukunft gestalten: Das Potential des Schlachthofes Biel nutzen» Postulat.....	15
	Soziales und Sicherheit	17
	• 20170342 Dringlicher überparteilicher Vorstoss	17
	• 20190289 Überparteiliches Postulat Anna Tanner, Fraktion SP, Ruth Tennenbaum, Passerelle, Lena Frank, Fraktion Grüne, Natasha Pittet, Fraktion PRR, «Stadtteile ohne häusliche Gewalt in Biel»	18
	• 20220065 Dringliches überparteiliches Postulat Tanner Anna, SP, Tennenbaum Ruth, PAS, Stolz Joseline, PSR, Roth Myriam, Grüne, Pittet Natasha, PRR, «Bericht über Massnahmen zur rechtzeitigen Behandlung von Verlängerungsgesuchen von Aufenthaltsbewilligungen»19	
	Direktion Bildung, Kultur und Sport	21
	• 20150342 Postulat, Alfred Steinmann, Fraktion SP, «Schulsozialarbeit in den Bieler Schulen stärken»	21
	Direktion Bau, Energie und Umwelt.....	22
	• 20190288 Überparteiliches Postulat, Christiane Vlaiculescu, PSR, Ruth Tennenbaum, Passerelle, «Keine Pestizide in der Stadt»	22
	• 20220101 Dringliches Postulat, Oberle Fabio, JUSO, Schlup Nina, JUSO, «Heizkostenzuschuss für Haushalte mit geringem Einkommen»..	22
	Begründung der Dringlichkeit des Postulats, Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO «Lückenlose Transparenz über die Finanzen des Tierschutzvereins Biel»	24

10.	Übertrag Vorstösse aus der vorhergehenden Sitzung	24
	• 20230187 Postulat Tanner Anna, GPK, Zumstein Joël, GPK, Lehmann Caroline, GPK, Scheuss Urs, GPK, Sprenger Titus, GPK, Suter Daniel, GPK, Torriani Latscha Isabelle, GPK, «Finanzierung der Kultur- institutionen von regionaler Bedeutung»	24
	• 20230157 Überparteiliche Interpellation Suter Daniel, PRR, Sutter Andreas, FDP, «Künftige Nutzung des Schlachthofareals».....	25
	• 20230189 Interpellation Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO, «Wie steht der Gemeinderat zu den vorgesehenen 8 Fernwärmeheizungen auf Holzbasis?»	25
11.	20230285 Dringliche überparteiliche Interpellation Briechle Dennis, GLP, Roth Myriam, Grüne, «Unzumutbare Velostation - wie lange noch?».....	29
12.	20230225 Postulat Loderer Benedikt, Fraktion Grünes Bündnis, Rüber Stefan, Fraktion Grünes Bündnis, Scheuss Urs, Fraktion Grünes Bündnis, «Spitalzentrum Beaumont - die zweite Bieler Altstadt!».....	31
13.	Adieu Vlaiculescu-Graf Christiane	35
14.	Adieu Vouillamoz Naomi	36
15.	Neueingänge.....	38

1. Begrüssung

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident: Die Sitzung ist eröffnet. Wir beginnen mit der Erklärung der GPK.

Erklärung der GPK

Zumstein Joël, GPK: Der Gemeinderat hat in seiner Medienmitteilung vom 18. Januar 2024 über die anstehende Reorganisation der Einwohner- und Spezialdienste informiert. Es ist bekannt, dass die Dienststelle grosse Rückstände in der Bearbeitung der hängigen Dossiers aufweist und in der Vergangenheit wurden diesbezüglich mehrere parlamentarische Vorstösse eingereicht. Leider sind nun nebst den Bearbeitungsrückständen weitere Missstände aufgedeckt worden. Die GPK ist daraufhin in ihrer Funktion als Aufsichtsorgan aktiv geworden und hat den Gemeinderat um eine detaillierte Stellungnahme gebeten. An der GPK-Sitzung vom 15. Februar 2024 hat eine offene und transparente Aussprache zwischen der zuständigen Direktorin, ihrem Generalsekretär und der GPK stattgefunden. Selbstverständlich unterstehen die Aussprache, die erhaltenen Informationen und gewonnenen Einblicke dem Kommissionsgeheimnis.

Der GPK ist es in der aktuellen Situation in erster Linie wichtig, in die Zukunft zu schauen und Lösungen zu suchen. Es geht nicht darum, Probleme und Schuldige zu finden, sondern die involvierten Personen arbeiten zu lassen. Es sollen nicht wertvolle und dringend benötigte Ressourcen verschwendet werden. Wir sind über die Ziele des Reorganisationsprozesses informiert und wissen, welche Schritte und Massnahmen dazu ergriffen werden sollen. Die GPK vertraut der zuständigen Direktion; es soll jetzt eine schnelle Verbesserung der Situation erreicht werden können. Wir werden die Reorganisation der Einwohner- und Spezialdienste aktiv begleiten und das Parlament über Tätigkeiten oder Erkenntnisse informieren, sobald sich neue Erkenntnisse ergeben.

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident: Frau Salome Strobel hat am 23. Februar 2024 ihren sofortigen Rücktritt aus dem Stadtrat eingereicht. Ihre Nachfolge tritt Herr Marc Arnold an. Herzlich Willkommen, Herr Arnold und gleichzeitig auch herzliche Gratulation zu ihrem heutigen 60. Geburtstag!

Auf ihrem Tisch finden Sie folgende Unterlagen:

- Wahlvorschlag der Elternvertretung für die deutschsprachige Schulkommission
- Abrechnung der Sitzungsgelder 2023
- Flyer für ein Konzert, an welchem unser Mitglied Herr Daniel Suter mitsingen wird

2. Genehmigung der Traktandenliste

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident: Als zusätzliche Traktanden sind die Ersatzwahl eines Mitglieds der Kommission RSO sowie die Ersatzwahl eines Mitglieds der deutschen Schulkommission vorgesehen. Diese zusätzlichen Traktanden werden nach Traktandum 4 behandelt.

Die Traktandenliste wird genehmigt.

3. Mitteilungen Stadtratsbüro

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident: Das Stadtratsbüro hat dem Vorschlag, wonach der erste Vizepräsident im Laufe dieses Jahres ein bis zweimal einen Teil der Stadtratssitzung leitet, zugestimmt. Der Vizepräsident kann damit seine ersten Erfahrungen im Hinblick auf das Amt des Stadtratspräsidenten sammeln. Herr Wächter wird heute Abend den zweiten Teil der Stadtratssitzung leiten.

Ab heute Abend testet das Ratssekretariat während drei Monaten eine neue Protokollierungssoftware. Wir sind gespannt auf das Resultat.

4. Mitteilungen der Geschäftsprüfungskommission durch das Ratssekretariat

Keine Mitteilungen.

5. Genehmigung des Protokolls vom 14. September 2023

Das Protokoll wird stillschweigend genehmigt.

6. Ersatzwahl eines Mitglieds der Kommission RSO

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident: Frau Strobel hat am 22. Februar ihren sofortigen Rücktritt aus dem Stadtrat und somit auch aus der Kommission RSO eingereicht. Die Fraktion SP/JUSO schlägt Frau Anna Louise Cacciabue zur Wahl vor.

Koller Levin, Fraktion SP/JUSO: Leider müssen wir einen Rücktritt in unseren Reihen zur Kenntnis nehmen. Das bedauere ich persönlich sowie auch die Fraktion ausserordentlich. In dieser Kommission sind juristische Kompetenzen wichtig, weshalb viele Juristinnen und Juristen darin Einsitz haben. Aus diesem Grund schlagen wir eine Juristin in Ausbildung vor. Ich bitte Sie, diese Wahl zu unterstützen.

Wahl

Auf Vorschlag der Fraktion SP/JUSO wird gewählt:

Anna Louise Cacciabue, JUSO

7. Ersatzwahl eines Mitglieds der deutschen Schulkommission

Wahl

Auf Vorschlag des Elternrats wird gewählt:

Lulzim Dzemaili, Elternvertretung

8. 20220250 Teilrevision des Reglements über die Parkplatzerersatzabgaben (SGR 7.2.1-3)

Lehmann Caroline, GPK: Mit dem vorliegenden Geschäft beantragt der Gemeinderat eine Änderung des Reglements über die Parkplatzabgaben, welches wir 2014 verabschiedet haben. Die Höhe der Abgaben muss den heutigen Verhältnissen angepasst werden und die Einnahmen aus den Parkplatzabgaben sollen nicht mehr hälftig in die Spezialfinanzierung für Parkierungsanlagen fließen. Bei der ersten Anpassung handelt es sich um eine formelle Anpassung, da die Parkplatzabgaben keine Lenkungswirkung haben, sondern nur eine Ausgleichsfunktion. Die Höhe der Parkplatzabgaben setzt sich aus den eingesparten Baukosten für die Plätze, dem Gewinn aus der zusätzlich nutzbaren Fläche und der Wertminderung des Grundstücks durch die fehlenden Abstellplätze zusammen. Die Überprüfung der Abgaben hat gezeigt, dass diese drei Faktoren sich in den letzten 10 Jahren verändert haben und die bisherigen Abgaben zu tief angesetzt sind, besonders in den Gebieten mit Wohnnutzung. Die Grundstückspreise sind generell stark gestiegen, die Abstellflächen werden vermehrt unterirdisch gebaut, da die oberirdischen Flächen für Wohnraum genutzt werden, wodurch die Baukosten steigen.

In Biel erfolgt dies vor allem wegen dem hohen Grundwasserspiegel. Die daraus resultierende Erhöhung bei Abstellplätzen von Motorfahrzeugen in Gebieten mit Wohnnutzung (Mischzone) von CHF 11'000 auf CHF 16'000 pro Abstellplatz scheint der GPK angemessen. Die zweite Anpassung des Reglements, die vollständige Zuweisung der Erträge der Ersatzabgaben an die Spezialfinanzierung zur Förderung des öffentlichen Verkehrs, des Fussgänger- und Fahrradverkehrs und des alternativen Fahrzeugverkehrs, ist auf die Teilrevision des Parkierungsreglements zurückzuführen, welche am 19. Oktober 2022 beschlossen wurde. Es wurde entschieden, dass keine weiteren Mittel in die Spezialfinanzierung für Parkierungsanlagen fließen sollen, da diese nicht für geeignete und zweckmässige Projekte genutzt werden konnten. Wir bedanken uns beim Gemeinderat für die Aufarbeitung des Geschäfts und empfehlen es einstimmig zur Annahme.

Sutter Andreas, Fraktion FDP: Wir beantragen hiermit, dass wieder der ursprünglich geltende Artikel 6 des Reglements angewendet werden soll. D. h., dass die Erträge aus Ersatzabgaben je hälftig der Spezialfinanzierung für Parkierungsanlagen und der Spezialfinanzierung zur Förderung des öffentlichen Verkehrs, des Fussgänger- und Fahrradverkehrs und des alternativen Fahrzeugverkehrs zufließen. Der Vergleich im Bericht ist nicht korrekt, es handelt sich nicht um eine Analogie, denn die Spezialfinanzierung für die Parkierungsanlagen hat eine andere Zweckbestimmung. Die hälftige Zuweisung der Erträge ist sinnvoll, da der Bau und Ausbau von Parkhäusern der städtischen Verkehrsstrategie entspricht. Die Motorfahrzeuge sollen in die Nähe ihres Zielorts gelangen, ohne das innerstädtische Netz zu belasten. Ausserdem erlaubt der Bau von unterirdischen Parkhäusern die Aufhebung von Parkplätzen in der Innenstadt.

Zur Begründung: Erstens geht es um Ersatzabgaben für fehlende Parkplätze und nicht um Einnahmen von Parkplätzen. Zweitens ist der Sachplan «Parkierungskonzept für motorisierte Fahrzeuge» in der Entstehungsphase und die Finanzierung von Parkhäusern sollte nicht zu diesem Zeitpunkt verkompliziert werden. Die Spezialfinanzierung für Parkierungsanlagen wird benötigt, um die Erneuerung eines Parkings zu ermöglichen, wie zum Beispiel das Parking «Rüschli», neu «Museen». Damit die Schnittstelle (Hub) zum ÖV funktionieren soll, muss an diesem peripheren

Ort die Möglichkeit bestehen zu parkieren. Also müssen weiterhin Gelder in die Spezialfinanzierung für Parkierungsanlagen fließen, aber nicht zu Lasten der öffentlichen Finanzen.

Scheuss Urs, Fraktion Grünes Bündnis: Im Bericht des Gemeinderates fehlen wichtige Informationen, die aufzeigen würden, dass es besser wäre, den Antrag von Herrn Sutter zurückzuziehen. Die externe Revisionsstelle hat die GPK mehrmals darauf hingewiesen, dass in der Spezialfinanzierung für Parkierungsanlagen nur Gelder angehäuft werden. Aktuell beläuft sich der Betrag auf CHF 39.5 Mio. und grosszügig geplant würden ca. CHF 10 Mio. für Parkierungsanlagen benötigt werden. Die externe Revisionsstelle ist der Meinung, dass die Spezialfinanzierung zumindest teilweise aufgelöst werden sollte. Mit einer Entnahme von CHF 20 Mio. könnte die Jahresrechnung über 10 Jahre jährlich um CHF 2 Mio. entlastet werden. Die Anhäufung von Geldern in Spezialfinanzierungen ist ein finanzrechtliches Problem, deshalb ist es sinnvoll, das Reglement dementsprechend anzupassen.

Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO: Die SP/JUSO-Fraktion ist der Meinung, wer keinen Parkplatz bauen will oder kann, soll eine Ersatzabgabe in gleicher Höhe erbringen, wie das Erstellen eines solchen gekostet hätte. So müssen weniger Motorfahrzeuge auf öffentlichen Strassen parkieren, dasselbe gilt für die Veloabstellplätze. Wir haben diskutiert, ob in Gebieten mit Nicht-Wohnnutzung (Industriezonen) die gleiche Erhöhung gerechtfertigt wäre. Bezüglich der Ersatzabgabe für Motorräder wurden wir informiert, dass keine Mindestanzahl an Parkplätzen für Motorräder besteht und somit auch keine Ersatzabgabe. Dies erscheint unlogisch und sollte angepasst werden. Wir fordern den Gemeinderat deshalb auf, bei einer nächsten Anpassung des Reglements dies einzubeziehen. Wir werden den Änderungsantrag der Fraktion FDP nicht unterstützen und stimmen dem Antrag des Gemeinderats zu.

Schneider Sandra, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Bei der Beratung des Geschäftes ist uns ein anderer Aspekt aufgefallen: Der Gemeinderat leistet Vorarbeit, wie im ersten Absatz auf Seite 4 des Berichts nachgelesen werden kann. Diese Teilrevision wird unter anderem aufgrund der Stadtklima-Initiative vorgenommen und ist ein komisches Verständnis von Demokratie, denn die Initiative wurde bisher weder im Stadtrat diskutiert, noch dem Stimmvolk vorgelegt. Für uns quasi ein «fait accompli»: Für eine Initiative werden zwar Unterschriften gesammelt, schlussendlich wird sie im Parlament nur noch pro forma behandelt. Der korrekte Zeitpunkt für diese Teilrevision wäre nach der Volksabstimmung über die Stadtklima-Initiative. Aus diesem Grund unterstützen wir den Antrag der Fraktion FDP. Bei Nichtannahme des Antrags wird unsere Fraktion die Teilrevision ablehnen.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Das umfassende Votum der Sprecherin der GPK hat die wichtigen Elemente der Teilrevision enthalten. Herr Scheuss hat bereits einige Ausführungen zum Antrag der Fraktion FDP eingebracht. Die Argumentation von Herrn Sutter ist nicht logisch: Anlässlich der Teilrevision des Reglements im Jahr 2022 wurde beschlossen, dass der jährliche Zufluss von CHF 700'000 in die Spezialfinanzierung Parkierungsanlagen nicht mehr notwendig ist, da mit den CHF 40 Mio. genügend Mittel vorhanden sind. So macht es keinen Sinn, den relativ bescheidenen und unregelmässig anfallenden jährlichen Betrag weiterhin der Spezialfinanzierung Parkierungsanlagen zufließen zu lassen. Ausreichend sind die vorhandenen Mittel, weil die drei Parkierungsanlagen Bahnhof, Altstadt und Esplanade realisiert wurden und das Bahnhofparking seit über 20 Jahren amortisiert wird. Zu gegebener Zeit ist zu prüfen, ob bezüglich dem Thema Mobilitäts-Hub auf diese Gelder vollumfänglich

zugegriffen werden kann, denn es ist eine Gesamtlösung, welche letztendlich auch den ÖV sowie den Fuss- und Veloverkehr unterstützt.

Frau Schneider ist der Meinung, der Gemeinderat greife auf die Stadtklima-Initiative vor, aber es handelt sich lediglich um ein Beispiel. Die in der Initiative enthaltenen Forderungen bestehen auch in anderer Form, dass z.B. Flächen, die aktuell dem motorisierten Individualverkehr gewidmet sind, dem Langsamverkehr, dem öffentlichen Verkehr oder auch ökologischen Ausgleichsmassnahmen zur Verfügung gestellt werden sollen. Ausserdem stimmt gemäss geltender Stadtordnung die Stimmbevölkerung nicht über jede Initiative ab. Je nach Antrag des Gemeinderats und der Frage, ob die Initiative mit einem Reglement umgesetzt wird, gibt es keine Volksabstimmung. Herrn Steinmann muss ich leider enttäuschen, da der Gemeinderat bei einer allfälligen nächsten Teilrevision nicht einfach Ersatzabgaben für die Motorräder erheben kann. Die Frage, für welche Arten von Fahrzeugen es Mindestanforderungen gibt und wann bei Nichterfüllung Ersatzabgaben erhoben werden können, entscheidet das kantonale Gesetz. Da jedoch die Motorräder im kantonalen Gesetz mit keiner Mindestanzahl erwähnt sind, können keine Ersatzabgaben erhoben werden.

Bezüglich Ihrer Aussage «...wenn jemand keinen Parkplatz bauen will oder kann»: Herr Steinmann, beim Bau von Parkplätzen besteht keine Wahl. Die Stadt will grundsätzlich nicht, dass die Fahrzeuge im öffentlichen Raum abgestellt werden. Es gibt objektiv Ausnahmen, wie Frau Lehmann erwähnt hat, die Altstadt, in diesem Falle gibt es die Abgabe. Ich bin insgesamt erfreut, dass niemand die Parkplatzerersatzabgabe in Frage stellt. In den letzten 10 Jahren sind die Erstellungskosten für Bauten und damit auch für Parkplätze gestiegen und somit ist es gerechtfertigt, eine entsprechend höhere Ersatzabgabe zu fordern. Das ist eine Frage der Gleichbehandlung aller Bauherrinnen und Bauherren und das müsste Ihnen eigentlich allen ein Anliegen sein. Ich hoffe auf Ihre Zustimmung und danke für die Unterstützung.

Abstimmung

- über den Änderungsantrag der Fraktion FDP bezüglich Beibehaltung des ursprünglichen Wortlauts von Art. 6 des Reglements über die Parkplatzerersatzabgaben

Der Antrag wird abgelehnt.

Schlussabstimmung

Der Stadtrat von Biel, nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 06.12.2023, gestützt auf Art. 40 Abs. 1 Ziff. 4 Bst. f bis der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 1.0-1), **beschliesst mit grosser Mehrheit:**

1. Die folgende Teilrevision des Reglements über die Parkplatzerersatzabgaben (SGR 7.2.1-3) vom 17. Dezember 2014 wird **unter Vorbehalt des fakultativen Referendums** genehmigt:

Art. 1 Grundsatz

¹Wer als Bauherrschaft von der Pflicht zur Erstellung von Abstellplätzen für Motorfahrzeuge, Fahrräder und Motorfahrräder befreit wird, schuldet im Umfang der Befreiung Ersatzabgaben.

²unverändert

Art. 2 Bemessung

¹unverändert

²Grundlage für die Bemessung bilden in der Regel

- a. die durchschnittlichen Erstellungskosten für einen Abstellplatz für Motorfahrzeuge von CHF 48'000 in Zonen mit Wohnnutzung und von CHF 33'000 in Zonen ohne Wohnnutzung;
- b. angenommene Erstellungskosten für einen Abstellplatz für Fahrräder und Motorfahrräder von CHF 3'000 in Zonen mit Wohnnutzung und von CHF 1'200 in Zonen ohne Wohnnutzung.

³unverändert

⁴unverändert

Art. 6 Verwendung

¹Die Erträge aus Ersatzabgaben werden vollständig der Spezialfinanzierung zur Förderung des öffentlichen Verkehrs, des Fussgänger- und Fahrradverkehrs und des alternativen Fahrzeugverkehrs gemäss Artikel 20 des Reglements vom 21. Mai 2000 über die Bewirtschaftung, Finanzierung und Erstellung öffentlicher Parkierungsanlagen (Parkierungsreglement) zugewiesen.

2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug dieses Beschlusses beauftragt.

9. 20230009 Erheblich erklärte Motionen und Postulate – Zweijahresfrist / Fristverlängerungen bzw. Abschreibungen gemäss Art. 42 und 43 der Geschäftsordnung des Stadtrates:

Präsidialdirektion

20140324 Dringliches Postulat, Susanne Clauss (Caroline Jean-Quartier), Fraktion SP, «Zuteilung der Fachstelle Integration an eine andere Direktion!»

Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO: Wir beantragen die Fristverlängerung um zwei Jahre, da das dringliche Postulat im Zusammenhang mit dem dringlichen überparteilichen Vorstoss 20170342 «Eine sinnvolle und rechtmässige Lösung für die Fachstelle Integration und die Ansprechstelle Integration (AI)» steht, für welchen bei der Direktion Soziales und Sicherheit, Punkt 3, eine Fristverlängerung vorgesehen ist.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Ich empfehle dem Stadtrat, den Antrag abzulehnen. Der Gemeinderat bleibt bei seiner Meinung, dass eine Änderung der

Direktionszusammensetzung im grossen Stil durchgeführt werden muss. Vor 10 Jahren wurde im Stadtrat lange über verschiedene Varianten der Direktionszusammensetzung diskutiert und entschieden, dass die fünf Direktionen nach Möglichkeit politisch gleich stark gewichtet sein sollen. Wenn nun einzelne Bereiche in andere Direktionen verschoben werden, verändert sich das Gleichgewicht und damit auch das Kräfteverhältnis im Gemeinderat. Es müsste eine umfassende Überprüfung der Verwaltungsstrukturen vorgenommen werden. Wir empfehlen die Abschreibung des Postulats, da aus Sicht des Gemeinderats die Ausgewogenheit zwischen den Direktionen nicht in Frage gestellt werden soll.

Tennenbaum Ruth, Fraktion Grünes Bündnis: Das politische Gleichgewicht ist ein Kriterium, aber es geht auch um eine fachliche Beurteilung, da viele Schnittstellen vorhanden sind. Würden z. B. die Leitung der Quartiertreffs, die Altersarbeit, die Jugendarbeit und die Integrationsarbeit zusammenfasst in eine Abteilung für Gesellschaftsfragen, könnte das Ganze effizienter gestaltet werden. Sicher müsste das politische Gleichgewicht nochmals überprüft werden, aber ich denke, das wäre eine Möglichkeit.

Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO: Bis heute wurde bei keinem Vorstoss glaubhaft dargestellt, dass das juristisch korrekt ist. Ich denke nicht, dass Zusammensetzungen von Direktionen in erster Linie von Gewichtungen abhängen. Die gesetzliche Grundlage muss eingehalten werden.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Ich nehme zur Kenntnis, dass die Präsidialdirektion nicht mehr zur Diskussion steht, da in dieser aufgrund Ihrer Argumentation kein Bereich mit anderen Gesellschaftsfragen existiert. In den Direktionen BKS und DSS sind sie vorhanden und so gesehen würde es Sinn machen, den Vorstoss abzuschreiben und allenfalls einen neuen einzureichen, in welchem der zwischenzeitlich eingetretenen Entwicklung Rechnung getragen wird. Aber wir nehmen zur Kenntnis, dass Sie keine Auswahl mehr wünschen zwischen Präsidialdirektion und BKS, sondern eine Zusammenführung von gesellschaftspolitischen Fragestellungen, dies für den Fall, dass der Antrag angenommen wird.

Abstimmung

- über den Antrag der Fraktion SP, das dringliche überparteiliche Postulat 20140324 «Zuteilung der Fachstelle Integration an eine andere Direktion!» um zwei Jahre zu verlängern.

Der Antrag wird durch Stichentscheid des Stadtratspräsidenten abgelehnt und das dringliche überparteiliche Postulat abgeschrieben.

20190378 Postulat, Anna Tanner und Jarno Bigler, Fraktion SP/JUSO, «Die Stadt Biel als Arbeitgeberin braucht ein Integrationskonzept»

Tanner Anna, Fraktion SP/JUSO: Die Stadt als Arbeitgeberin braucht ein Integrationskonzept. Dieses Postulat hat zum Ziel, dass die Stadt inklusiv agiert, d. h. sie soll Arbeitsplätze für Personen anbieten, die im herkömmlichen Arbeitsmarkt keine Stelle finden. Für die Integration in den Arbeitsmarkt sind diese Stellen wichtig und führen zu einer inklusiveren Stadt. Es existiert ein solches Konzept für die Sozialhilfe

und die Zusammenarbeit mit den Arbeitsintegrationsprogrammen funktioniert bestens. Dieses Postulat verlangt ein Konzept, welches nicht nur Personen, welche Sozialhilfe beziehen, sondern ebenso für IV-BezügerInnen sowie Arbeitssuchende zur Verfügung steht.

Die Abklärung bei den verschiedenen Direktionen bezüglich Inhalt des Konzepts für die Sozialhilfe ergab, dass dieses lediglich einen kleinen Teil des Bedarfs der Sozialhilfe abdeckt. Die anderen Direktionen sind nicht involviert und das Projekt ist noch in Überarbeitung, weshalb wir es auch nicht einsehen konnten. Die Tatsache, dass dieses Konzept also weder vollständig noch fertig gestellt ist, spricht für eine Fristverlängerung von zwei Jahren und nicht für eine Abschreibung. **Aus diesem Grund beantragt unsere Fraktion die Verlängerung des Postulats um zwei Jahre.**

Fehr Erich, Stadtpräsident: Der Gemeinderat hat in seiner Antwort aufgeführt, welche Möglichkeiten im Bereich Integration für die erwähnten Personengruppen bestehen. Das Konzept der DSS wird erfreulicherweise aktualisiert und für die anderen Betroffenen ist ein Diversitätskonzept am Entstehen, welches die verschiedenen Bereiche der Gesellschaft umfasst. Unter anderem sind die Personen mit Behinderungen in dieses integriert und viele andere Themen werden angesprochen. Deshalb sind parallel laufende Vorstösse unnötig, weshalb der Gemeinderat Ihnen die Abschreibung empfiehlt.

Abstimmung

- über den Antrag der Fraktion SP/JUSO, das Postulat 20190378 «Die Stadt Biel als Arbeitgeberin braucht ein Integrationskonzept» um zwei Jahre zu verlängern.

Der Antrag wird durch Stichentscheid des Stadtratspräsidenten abgelehnt und das Postulat abgeschrieben.

20210291 Postulat, Rüber Stefan, Grüne, «Biel – Standort für ökologisch nachhaltiges Wirtschaften»

Rüber Stefan, Fraktion Grünes Bündnis: Das Postulat forderte den Gemeinderat auf, Massnahmen, ich zitiere: «...zur Förderung von Unternehmen, die ökologisch nachhaltig wirtschaften und Arbeitsplätze in Biel schaffen», aufzuzeigen. Der Bericht des Gemeinderats erwähnt als erstes die Bodenpolitik der Stadt, bei welcher es vor allem um die Landabgabe geht. Die Entscheidung über die Abgabe richtet sich nach grundsätzlichen strategischen Überlegungen, die in der «Strategie Biel 2030» festgehalten sind. Zweitens wird im Bericht der Innovationspark aufgeführt, welcher seit seiner Gründung die Auslastung kontinuierlich verbessern und mit dem Swiss Battery Technology Center einen weiteren innovativen Betrieb ins Boot holen konnte. Es fehlen mir jedoch die Überlegungen zu einer aktiven Rolle der Stadt zur Förderung der wirtschaftlichen Aktivität. Welche Möglichkeiten bestehen im Rahmen der Wirtschaftsförderung?

Die aktuell im Reglement über die Wirtschaftsförderung der Stadt Biel aufgeführten Massnahmen werden nicht wirklich angewandt und sind eventuell etwas veraltet. Zu der Zeit, als die Massnahmen festgehalten wurden, standen andere Bedürfnisse im

Vordergrund. Der Gemeinderat erwähnt in seiner Antwort die Kreislaufwirtschaft und es ist klar, dass die Zukunft dieser Wirtschaft gehört, welche die Kreisläufe der Produkte ins Zentrum stellt. Bezüglich der Wertschöpfung geht es um soziale und wirtschaftliche Gründe, aber natürlich auch um ökologische, da der Ressourcenverbrauch so klein wie möglich gehalten werden soll. Optimalerweise sind diese Kreisläufe geografisch möglichst klein, jedoch sind einige Kreisläufe global wie z. B. wichtige Rohstoffe für Bestandteile, welche in der Schweiz nicht vorhanden sind.
Ich beantrage hiermit die Verlängerung des Postulats um zwei Jahre.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Laufende konkrete Ansiedlungsprojekte sind nicht Gegenstand von öffentlichen Diskussionen. Der Grund dafür ist, dass bei spannenden Projekten bezüglich neuer Technologien sehr oft mit anderen Standorten in der Schweiz, manchmal auch im Ausland, konkurriert wird. Der Innovationspark (SIP) und das Swiss Battery Technology Center haben eine natürliche Sogwirkung für Unternehmen in diesem Bereich, die den Austausch suchen und das wird sich kontinuierlich entwickeln. Ich glaube nicht, dass die Anpassung des Reglements über die Wirtschaftsförderung zusätzliche solche Unternehmen anziehen würde. Der Gemeinderat ist der Überzeugung, dass die Wirtschaftspolitik, d. h. das Eingreifen in die wirtschaftliche Tätigkeit, nicht Aufgabe der Stadt Biel ist. Wir signalisieren den Unternehmen, dass sie willkommen sind und wir ihnen Rahmenbedingungen mit raschen Planungsprozessen bieten können, z. B. mit der Abgabe von Land im Baurecht oder mit der Vernetzung mit der Berner Fachhochschule, dem Innovationspark etc.

Es ist wichtig, aufzuzeigen, dass Biel ein lebenswerter Standort ist, denn es studieren viele junge Leute an der BFH, welche nach Abschluss in Biel für die Unternehmen arbeiten oder selbst ein Unternehmen gründen könnten. Wir alle sollten positive BotschafterInnen des Standorts Biel gegenüber den Menschen und Unternehmen sein. Vor allem auch, wenn diese in Bereichen tätig sind wie der Energie, der Energiewende oder dem Schutz vor dem Klimawandel. Aus der Sicht des Gemeinderats ist das der Bereich, in welchem die Stadt Biel einen Mehrwert schaffen kann. Der zweite Teil des Reglements, der praktisch keine Rolle mehr spielt, betreffen Darlehen und finanzielle Stimulationen und stammen aus der Zeit, als die Zinsen viel höher gewesen sind. Damals haben Sie zum Teil gar kein Risikokapital erhalten oder für 7-8% Zins, die Stadt hat dann zum Teil mitfinanziert, aber in der heutigen Zeit werden andere Finanzierungsquellen gefunden. Deshalb empfehle ich Ihnen, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen.

Rüber Stefan, Fraktion Grünes Bündnis: Ich fordere nicht explizit eine Anpassung des Reglements. Ich vermisse weitere Massnahmen wie der Innovationspark, welcher ein gutes Beispiel darstellt, wenn es zum Beispiel darum geht, Räume zu teilen, Leute zusammenzubringen, vom gegenseitigen Knowhow zu profitieren, die Infrastruktur auszunützen und somit das unternehmerische Risiko für kleinere Unternehmen tiefer zu halten. Ich habe eher an solche Aspekte und Ideen gedacht.

Abstimmung

- über den Antrag von Stefan Rüber, Grüne, das Postulat 20210291 «Biel – Standort für ökologisch nachhaltiges Wirtschaften» um zwei Jahre zu verlängern

Der Antrag wird angenommen.

20210366 Postulat, Koller Levin, Fraktion SP/JUSO, «Das Bieler Strandbad muss nach Saisonende für die Bevölkerung zugänglich bleiben»

Koller Levin, Fraktion SP/JUSO: Wir sind mit dem Antrag des Gemeinderats, das Postulat abzuschreiben, einverstanden. Das Bieler Strandbad ist nun dank diesem Postulat im Winter wieder geöffnet. Unsere Fraktion dankt dem Gemeinderat für diese Umsetzung und hofft, dass diese Situation langfristig Bestand haben wird.

Schlussabstimmung

Der Stadtrat von Biel, nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 23. November 2022, gestützt auf Art. 42 Abs. 2 bzw. 43 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 11. Dezember 1996 (SGR 1.5.1-1), **beschliesst mit grosser Mehrheit:**

1. Für die Erfüllung des überparteilichen Vorstosses 20100305, Marc Arnold, SP, Pascal Fischer, Die Eidgenossen, Nathan Güntensperger, GLP, «Strandbad Biel: Erhaltung und Ausbau des Strandbades zum vollwertigen Familien- und Schulbad», wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2026 gewährt.
2. Für die Erfüllung des Postulates 20110313, Andreas Bösch, Grüne Biel, «Zustimmende oder ablehnende Kenntnisnahme durch den Stadtrat», wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2025 gewährt.
3. Das dringliche Postulat 20140324, Caroline Jean-Quartier, Fraktion SP, «Zuteilung der Fachstelle Integration an eine andere Direktion!», wird abgeschrieben.
4. Für die Erfüllung des überparteilichen Postulates 20150257, Max Wiher, Fraktion GLP, Stefan Kaufmann, Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU, Andreas Sutter, Fraktion BVP/CVP/BDP, «Effizientere Parlamentsdebatten», wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2025 gewährt.
5. Für die Erfüllung der Motion 20150339, GPK, «Abschreibungen von Motionen und Postulaten», wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2025 gewährt.
6. Für die Erfüllung des Postulates 20190290, Dennis Briechle, GLP, «Aufnahme Warenverkehr in die Gesamtmobilitätsstrategie 2018–2040», wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2026 gewährt.
7. Für die Erfüllung des überparteilichen Postulates 20190292, Titus Sprenger, Passerelle, Dennis Briechle, GLP, «Transparenz über die Beschaffungen der Jahre 2016–2018», wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2026 gewährt.
8. Das Postulat 20190378, Jarno Bigler, SP, Anna Tanner, SP, «Die Stadt Biel als Arbeitgeberin braucht ein Integrationskonzept», wird als erfüllt abgeschrieben.
9. Für die Erfüllung des Postulates 20210291, Rüber Stefan, Grüne, «Biel – Standort für ökologisch nachhaltiges Wirtschaften», wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2026 gewährt.

10. Für die Erfüllung der Motion 20210218, Hamdaoui Mohammed, Die Mitte, «Dringlichkeit nicht überstürzen », wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2025 gewährt.
11. Das Postulat 20210366, Koller Levin, Fraktion SP/JUSO, «Das Bieler Strandbad muss nach Saisonende für die Bevölkerung zugänglich bleiben», wird als erfüllt abgeschrieben.

Finanzdirektion

20210260 Postulat, Strobel Salome, SP, «Räume für die Politik»

Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO: Da Frau Strobel aus dem Stadtrat zurückgetreten ist, übernehme ich das Postulat in ihrem Namen. Da gemäss Gemeinderat prinzipiell Schulräume von den Parteien genutzt werden können, will er das Postulat abschreiben. Jedoch sind diese Räume ausserhalb der Bürozeiten nicht nutzbar und die meisten Partei- oder Vereinsmitglieder können sich nicht zu Bürozeiten treffen. Es besteht das Haus pour Bienne, welches durch den Verein FAIR betreut wird, in welchem Räumlichkeiten benutzt werden können, sie müssen aber rechtzeitig reserviert werden. Die Räumlichkeiten sind beschränkt und dazu kommt, dass das Haus in sehr schlechtem Zustand ist und eventuell aus Sicherheitsgründen demnächst geschlossen werden muss. Ein Ersatz für dieses Haus durch eine städtische Lösung wäre wirklich sinnvoll und dringend nötig. Falls ein nicht genutztes städtisches Gebäude oder eine Etage verfügbar wäre, könnten nach Absprache mit dem Verein FAIR eine Lösung gefunden werden. Wir wären einverstanden, das Postulat abzuschreiben, wenn weitere Abklärungen erfolgt wären, was aber nicht der Fall ist. **Deshalb beantrage ich, das Postulat noch 2 Jahre zu verlängern.**

Feurer Beat, Direktor Finanzen: Ihr Anliegen, Herr Steinmann, ist eine weitergehende Forderung als im Vorstoss ursprünglich formuliert. Mit diesem wurde der Gemeinderat gebeten zu prüfen, in welchem Rahmen Räume für politisch aktive Gruppen zur Verfügung gestellt werden können. Der Gemeinderat hat es geprüft und geantwortet. Es ist schwierig, wenn Sie nach der Antwort des Gemeinderats nun noch spezifischere Forderungen stellen, weil sie damit nicht einverstanden sind. Ich empfehle Ihnen deshalb, diese Überlegung bereits bei der Formulierung des Vorstosses einbringen, damit es dem Gemeinderat weiss, was genau Ihr Anliegen ist.

Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO: In der ersten Zeile des Postulats steht: « Der Gemeinderat prüft, in welchem Rahmen in Biel aktiven politischen Gruppierungen (Parteien) städtische Räumlichkeiten für Versammlungen und Anlässe zur Verfügung gestellt werden können». Wenn ich jetzt weitere Vorschläge bringe als vom Gemeinderat vorgeschlagen, will dies nicht bedeuten, dass man diese annehmen muss. Es ist aber eine Möglichkeit, um eine bessere Lösung als diejenige in der Antwort zu finden. Und aus diesem Grund beantrage ich, das Postulat um zwei Jahre zu verlängern.

Abstimmung

- über den Antrag von Alfred Steinmann (Salome Strobel), SP, das Postulat 20210260 «Räume für die Politik» um zwei Jahre zu verlängern

Der Antrag wird angenommen.

20210295 Überparteiliches Postulat, Tanner Anna, SP, Lehmann Caroline, GLP, De Maddalena Daniela, Grüne, Kilezi Ruth, PSR, Halter Marisa, PdA, Hamdaoui Mohamed, Die Mitte, «Zukunft gestalten: Das Potential des Schlachthofes Biel nutzen» Postulat

Rodriguez Ugolini Julian, Fraktion SP/JUSO: Ich habe mich mit der IG Schlachthof-Kulturzentrum ausgetauscht, um das weitere Vorgehen zu besprechen. Bei der Einreichung des Vorstosses wurde diesem sehr viel Wohlwollen entgegengebracht. Nach Meinung des Gemeinderats sind Räumlichkeiten für eine vorübergehende Nutzung vorhanden. Die IG findet, dass sie im Vergleich zu den anderen Parteien relativ viel Miete bezahlt. Vor allem aber wurde ihnen ein Runder Tisch mit den anderen Mietparteien des Schlachthofareals versprochen. Dieses Vorhaben wurde jedoch nie umgesetzt. **Ich beantrage deshalb, die Frist um zwei Jahre zu verlängern** und den Runden Tisch umzusetzen.

Feurer Beat, Direktor Finanzen: Der Runde Tisch sagt mir tatsächlich nichts. Dieser ist auch nicht Gegenstand des Vorstosses. Gefordert wird, dass die Räume im Rahmen der Möglichkeiten verfügbar sind. Dazu gab es durchaus Kontakte mit den bestehenden NutzerInnen. Die verschiedenen Anliegen und Fragen wurden geklärt. Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass im Rahmen dessen, was möglich ist, ein guter Dialog gepflegt wird. Auf das Anliegen des Vorstosses wurde eingegangen. Entsprechend wurde dem Prüfauftrag entsprochen. Ich bitte Sie deshalb, dem Gemeinderat zu folgen und den Vorstoss abzuschreiben.

Abstimmung

- über den Antrag von Julian Rodriguez Ugolini, das überparteiliche Postulat 20210295 «Zukunft gestalten: Das Potential des Schlachthofes Biel nutzen» bis Februar 2026 zu verlängern

Der Antrag wird angenommen.

Schlussabstimmung

Der Stadtrat von Biel, nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 29.11.2023, gestützt auf Art. 42 Abs. 2 bzw. 43 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 11. Dezember 1996 (SGR 1.5.1-1), **beschliesst:**

1. Für die Erfüllung des dringlichen überparteilichen Postulats 20130402, Bohnenblust Peter, FDP, Güntensperger Nathan, GLP, Stöckli Schwarzen Heidi, SP, Sutter Andreas, BVP, «Budget früher im Stadtrat traktandieren» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2026 gewährt.

2. Für die Erfüllung des überparteilichen Postulats 20150261, Bord Pascal, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, Gugger Reto, Fraktion BVP/CVP/BDP, Cadetg Leonhard, Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU, Güntensperger Nathan, Fraktion GLP, «Für eine aufgabengerechte Übernahme der indirekten Kosten durch die Abteilungen, welche gemäss kantonalem Recht Leistungen von den zentralen Diensten beziehen» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2026 gewährt.
3. Das dringliche überparteiliche Postulat 20150314, Bohnenblust Peter, FDP, Güntensperger Nathan, GLP, Sutter Andreas, BVP, Dillier Adrian, SVP, «Budget früher im Stadtrat traktandieren» wird abgeschrieben.
4. Für die Erfüllung des überparteilichen Postulats 20170387, Gurtner-Oesch Sandra, GLP, Pittet Natasha, PRR, Strobel Salome, SP, Gugger Reto, BDP, Cadetg Leonhard, FDP, «Kongresshaus: Zuerst Nutzung analysieren/optimieren, dann sanieren» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2025 gewährt.
5. Für die Erfüllung des überparteilichen Postulats 20190084, Suter Daniel, PRR, Gugger Reto, BDP, Gurtner- Oesch Sandra, GLP, Schneider Sandra, SVP, «Nachhaltige Räumlichkeiten für die Stadtverwaltung bis 2030» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2025 gewährt.
6. Für die Erfüllung des Postulats 20190090, Hamdaoui Mohamed, CVP, «Verkauf städtischer Grundstücke: klare Regeln festlegen» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2025 gewährt.
7. Für die Erfüllung der überparteilichen Motion 20190286, Sprenger Titus, Passerelle, Briechle Dennis, GLP, Gonzalez Glenda, PSR «Sprachliche Gleichbehandlung bei öffentlichen Ausschreibungen» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2025 gewährt.
8. Für die Erfüllung des überparteilichen Postulats 20210222, Cadetg Leonhard, FDP, Suter Daniel, PRR, «Die mittelfristige Entwicklung der Aufwände und Erträge aufzeigen» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2026 gewährt.
9. Für die Erfüllung des Postulats 20210258, Halter Marisa, PdA, Heiniger Peter, PdA, «Ausrichtung der Bieler Bauernhöfe auf regenerative und biologische Landwirtschaft und Zusammenarbeit mit den Bieler Schulen» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2026 gewährt.
10. Für die Erfüllung des Postulats 20210260, Strobel Salome, SP, «Räume für die Politik» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2026 gewährt.
11. Für die Erfüllung des überparteilichen Postulats 20210295 Tanner Anna, SP, Lehmann Caroline, GLP, De Maddalena Daniela, Grüne, Kilezi Ruth, PSR, Halter Marisa, PdA, Hamdaoui Mohamed, Die Mitte, «Zukunft gestalten: Das Potential des Schlachthofes Biel nutzen» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2026 gewährt.

Soziales und Sicherheit

20170342 Dringlicher überparteilicher Vorstoss Clauss Susanne, Günther Muriel, Fraktion SP, Freuler Fritz, Fraktion Grüne, Tennenbaum Ruth, Passerelle, Schmid Judith, PdA, «Eine sinnvolle und rechtmässige Lösung für die Fachstelle Integration und die Ansprechstelle Integration»

Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO: Ich beantrage, Punkt 2 des Vorstosses in ein Postulat umzuwandeln und nicht abzuschreiben. Nach wie vor ist die Migrationsbehörde nicht auf verschiedene Direktionen aufgeteilt. Die Fachstelle Integration ist in der gleichen Direktion wie die Migrationsbehörde und das kann zu Konflikten führen. Ich denke, die DSS hat schon genug Konflikte und finde es deshalb angebracht, dass die kantonale Gesetzgebung zu befolgen ist. Ich bin mir bewusst, dass eine Aufteilung nicht einfach ist, aber es handelt sich um eine alte Forderung des Stadtrats. Die Ansprechstelle Integration wurde seinerzeit extern von Multi Mondo wahrgenommen. Aus welchen Gründen auch immer wurde dieser Leistungsauftrag nicht mehr verlängert und die Aufgaben in die Stadtverwaltung integriert. Bereits damals hätte die Stelle einer anderen Direktion übertragen werden können. Ich erwarte einen Bericht von unabhängiger Stelle, in welchem festgehalten wird, was gesetzlich legitim ist. **Bis der Bericht vorliegt, werde ich dranbleiben und verlange deshalb die Fristverlängerung.**

Pittet Natasha, directrice de l'action sociale et de la sécurité: Je demande quand même la radiation du rôle de cette motion, respectivement postulat.

Premièrement pour les mêmes raisons qui ont été évoquées par la Mairie lors de l'examen, il y a quelques minutes, du postulat qui demandait le rattachement du Service de l'intégration à la Mairie. Deuxièmement, car il y a deux choses à prendre en compte. Vous avez parlé du Service de la migration. C'est faux. Ici il est question du Service de l'intégration. La migration est un domaine séparé. De plus, et contrairement à ce que vous affirmez, notre Ville est conforme au droit en la matière, pour la partie antenne d'intégration. Le Service de l'intégration est interne à la Ville et dépend directement du Secrétariat général de la Direction de l'action sociale et de la sécurité. Il n'est donc pas intégré dans un Département et est ainsi indépendant avec une déléguée à sa tête. Ensuite, il y a l'antenne d'intégration qui effectue des tâches purement cantonales avec des fonds cantonaux, non seulement pour Bienne mais pour plus de 100 communes alentour. Ces tâches sont accomplies par l'antenne d'intégration avec du personnel qui se trouvent dans les mêmes locaux que le Service de l'intégration. Il s'agit toutefois de locaux externes qui ne sont pas au sein du même bâtiment que le reste de l'Administration, justement pour aussi souligner son indépendance.

Je peux vous dire que la population migrante qui souvent est celle qui est le plus concernée par le Service de l'intégration reconnaît ce caractère indépendant de ce service. Les faits malheureux dont nous avons pu parler ces dernières semaines qui ont concerné le Service de migration montrent bien que la population migrante sait que le Service de l'intégration est quelque chose de séparé et lui font une entière confiance. C'est la raison pour laquelle ils ont osé venir là pour parler de choses illégales qui se seraient passées ailleurs dans la Ville. Je pense donc que ce rattachement se tient tout à fait. Comme le Maire l'a dit tout à l'heure, on pourrait très bien réorganiser la Ville d'une toute autre manière. Si le Conseil municipal décide un jour qu'il est nécessaire de redistribuer les cartes ou si le Conseil de ville le décide, c'est une autre question.

Aujourd'hui, je ne pense pas que cela soit une nécessité et je vous demanderais effectivement de radier également cette intervention du rôle.

Abstimmung

- über den Antrag von Susanne Clauss, Punkt 2 des Vorstosses in ein Postulat umzuwandeln und nicht abzuschreiben.

Der Antrag wird abgelehnt.

20190289 Überparteiliches Postulat Anna Tanner, Fraktion SP, Ruth Tennenbaum, Passerelle, Lena Frank, Fraktion Grüne, Natasha Pittet, Fraktion PRR, «Stadtteile ohne häusliche Gewalt in Biel»

Tanner Anna, Fraktion SP/JUSO: Bei diesem Vorstoss geht es um Prävention und Intervention bei häuslicher Gewalt in den Quartieren. Ich kann dem Gemeinderat in einem Punkt Recht geben: Rechtliche geschützte Konzept aus Hamburg zu übernehmen, ergibt keinen Sinn und das war auch nicht so gemeint. Ich bin jedoch nicht einverstanden mit dem weiteren Teil der Beantwortung. Der Gemeinderat bezieht sich auf die Stadt Bern. Dort wurde ein ähnliches Projekt eingeführt. In der Beantwortung steht, dass aufgrund von Corona die Stadt Bern entschieden hat, das Projekt aus Kostengründen zu sistieren.

Der Gemeinderat ist diesem Entscheid gefolgt, weil er der Meinung ist, die Stadt Biel kann das nicht alleine umsetzen und stemmen. Tatsache ist jedoch, dass Bern dieses Projekt nach Corona wiederaufgenommen hat. Die Institution Frauenhaus wurde angefragt, bei Workshops unentgeltlich mitzumachen, das heisst, der finanzielle Aufwand ist nicht enorm. Ich erwarte eigentlich, dass zuerst abgeklärt wird, ob die Angaben stimmen und aktuell sind. Die zuständige Direktion hat mir bestätigt, dass bald eine Einführungsveranstaltung stattfinden wird. Diese Entwicklung ist weiterzuverfolgen und zu fördern. **Aus diesem Grund beantrage ich, die Frist für das Postulat nochmals 2 Jahre zu verlängern.**

Pittet Natasha, directrice de l'action sociale et de la sécurité: Je souhaite toute de même prendre brièvement position sur la prise de parole de Madame Tanner.

Le postulat tel qu'il a été déposé demandait effectivement que Bienne introduise le même projet que Berne. Ce projet, Madame Tanner l'a dit, a été abandonné par la ville de Berne pour des raisons financières notamment, mais je tiens à préciser que la Ville avait examiné la possibilité de s'y joindre. C'est un projet qui était proposé par des Allemands qui nécessitait une contribution de plusieurs dizaines de milliers de francs de la Ville pour une formation afin d'acheter le concept.

La ville de Berne a décidé de ne pas acheter ce concept. C'est pourquoi, la Ville a suivi notre capitale cantonale, ne voulant pas encourir autant de frais seule.

Maintenant, la ville de Berne, a un nouveau projet-pilote qui s'appelle « Tür an Tür ». Depuis mon arrivée au printemps dernier, nous sommes en train de regarder comment introduire à Bienne un projet qui puisse aider notre population à lutter contre les violences domestiques quelles qu'elles soient. Nous avons, à l'heure actuelle, examiné

différentes pistes. Nous sommes sur la piste d'une affaire que nous n'avons pas encore rédigée. Je ne l'ai d'ailleurs pas encore présentée à mes collègues du Conseil municipal, donc je ne peux pas vous donner beaucoup de détails ce soir. Nous avons déjà eu plusieurs séances avec la responsable de Berne et avec Solidarité femme ici à Bienne pour essayer de mettre sur pied quelque chose qui puisse être efficace. Il faudra voir où ce sera organisé au sein de la Ville, et comment nous pourrons le faire avec nos moyens financiers qui, vous le savez tous et toutes, sont limités. Pourquoi est-ce que je demande aujourd'hui la radiation du rôle? Parce qu'il ne s'agit pas du même projet et qu'un postulat auquel je dois une réponse d'ici 3 ou 4 mois demande la même chose. Il nous suffirait donc de garder ce nouveau postulat auquel on va répondre dans le sens que je viens d'évoquer. Le postulat dont il est question ce soir se réfère à un projet qui n'est plus à l'ordre du jour.

Abstimmung

- über den Antrag von Anna Tanner, Fraktion SP/JUSO, die Frist für das Postulat 20190289 «Stadtteile ohne häusliche Gewalt in Biel» bis Februar 2026 zu verlängern.

Der Antrag wird angenommen.

20220065 Dringliches überparteiliches Postulat Tanner Anna, SP, Tennenbaum Ruth, PAS, Stolz Joseline, PSR, Roth Myriam, Grüne, Pittet Natasha, PRR, «Bericht über Massnahmen zur rechtzeitigen Behandlung von Verlängerungsgesuchen von Aufenthaltsbewilligungen»

Tanner Anna, Fraktion SP/JUSO: Das überparteiliche Postulat wurde am 19. Mai 2022 erheblich erklärt und im Postulat wird ein Bericht bis im Januar 2023 verlangt. Es ist bekannt, dass die Angelegenheit dringend ist und trotzdem warten wir seit zwei Jahren auf eine Analyse der Situation. Der Gemeinderat hat sich die Frist für März 2023 gesetzt und trotzdem haben wir keine Antwort erhalten. Nachdem das Geschäft im August 2023 wieder nicht traktandiert wurde, habe ich die Direktion kontaktiert, um den Grund zu erfahren für diese Verzögerung. Scheinbar handelte es sich um ein Versehen, Fehler können passieren, dafür habe ich Verständnis, aber bei diesem wichtigen Thema muss die Direktion jetzt die Analyse machen und Vorschläge präsentieren.

Wir haben nie eine konkrete Antwort erhalten, wie die Situation der Einwohner- und Spezialdienste verbessert werden kann und die Verzögerung fühlt sich ähnlich an wie diese bei der Ausstellung resp. Verlängerung der Aufenthaltsbewilligungen. Das Ganze hat ein bisschen System und es ist wichtig, dass wir reagieren. Die Missstände werden nun angegangen und es gibt das Mandat an die BDO. Jedoch wäre eine Analyse der Situation vor einem kostspieligen externen Mandat angebracht gewesen. Vor allem auch, weil wir, wie ursprünglich im Postulat verlangt, überhaupt nicht über den Stand der Dinge informiert wurden und jetzt wird es verzögert und wieder verlängert. Selbstverständlich unterstütze ich die Verlängerung um zwei Jahre, sonst werden wir keinen Bericht erhalten. Nicht nur die GPK, sondern auch der Stadtrat muss dranbleiben, da wir es öffentlich diskutieren.

Pittet Natasha, directrice de l'action sociale et de la sécurité: Madame Tanner, vous avez tout à fait raison. Ce postulat que j'avais moi-même signé à l'époque demandait à voir le rapport qui devait être remis au Conseil municipal en janvier 2023, lors de la séance de mars du Conseil de ville.

Le Conseil municipal lui-même n'avait pas reçu ce rapport en janvier parce que le responsable du Département de l'époque était à l'hôpital pendant plusieurs mois pour des raisons de santé. Je vous l'avais déjà expliqué en détail lors de la séance de janvier de cet hémicycle. Tout a été retardé et le rapport qui a été soumis au Conseil municipal à la fin du printemps l'année dernière parle de l'évolution qu'il y avait eu après les nouveaux postes créés en 2022. Ce rapport se bornait à dire que les nouveaux postes ont été créés et cela améliore un petit peu les retards. Effectivement, il aurait dû être à ce moment-là aussi présenté au Conseil de ville.

Comme l'a dit Madame Tanner, il y avait eu un couac. Normalement, à moins qu'il y ait quelque chose de différent de prévu, tous les postulats qui sont adoptés ont automatiquement un délai de 2 ans. Dans ce cas précis, un délai plus court était prévu mais il n'a été inscrit nulle part. Ce dossier est sorti des radars, j'en suis vraiment navrée. Je ne pense pas que je sois en mesure de vous donner un rapport plus précis ce soir que ce qui a été dit oralement à la Commission de gestion sur la mise en œuvre de cette étude externe de BDO. Je pense qu'avec les moyens en personnel limité qu'il y a aujourd'hui, au sein de la Ville, il fallait vraiment une firme externe pour pouvoir déterminer vraiment le besoin. C'est pour cette raison que je vous demande d'attendre que nous obtenions un rapport intermédiaire de BDO. A ce moment-là, il sera possible d'établir un rapport intermédiaire pour le Conseil de ville.

Schlussabstimmung

Der Stadtrat von Biel, nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 29.11.2023, gestützt auf Art. 42 Abs. 2 und Art. 43 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 11. Dezember 1996 (SGR 1.5.1-1), **beschliesst mit grosser Mehrheit:**

1. Für die Erfüllung des Vorstosses 20080263, Peter Moser, FDP, «Konzept für Einsatz der Videokameras», wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2025 gewährt.
2. Für die Erfüllung der Motion 20170247, Reto Gugger, Fraktion EVP/BDP, «Überarbeitung Marktreglement, SGR 943.1», wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2025 gewährt.
3. Der dringliche überparteilicher Vorstoss 20170342, Susanne Clauss, Muriel Günther, Fraktion SP/JUSO, Fritz Freuler, Fraktion Grüne, Ruth Tennenbaum, Passerelle, Judith Schmid, PDA, «Eine sinnvolle und rechtmässige Lösung für die Fachstelle Integration und die Ansprechstelle Integration (AI)», wird abgeschrieben.
4. Für die Erfüllung des Postulats 20180367, Salome Strobel, Fraktion SP/JUSO, «Verkehrsschulungsanlage für Alle», wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2025 gewährt.
5. Für die Erfüllung des überparteilichen Postulats 20190289, Anna Tanner, Fraktion SP, Ruth Tennenbaum, Passerelle, Lena Frank, Fraktion Grüne, Natasha Pittet,

Fraktion PRR, «Stadtteile ohne häusliche Gewalt in Biel», wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2026 gewährt.

6. Für die Erfüllung des überparteilichen Postulats 20200193, Sprenger Titus, Passerelle, Bohnenblust Peter, FDP, «Überprüfung des Reglements über ausserordentliche Lagen», wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2026 gewährt.
7. Für die Erfüllung des dringlichen überparteilichen Postulats 20220065, Tanner Anna, SP, Tennenbaum Ruth, PAS, Stolz Joseline, PSR, Roth Myriam, Grüne, Pittet Natasha, PRR, «Bericht über Massnahmen zur rechtzeitigen Behandlung von Verlängerungsgesuchen von Aufenthaltsbewilligungen», wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2025 gewährt.

Direktion Bildung, Kultur und Sport

20150342 Postulat, Alfred Steinmann, Fraktion SP, «Schulsozialarbeit in den Bieler Schulen stärken»

Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO: Wie Sie in den Medien lesen konnten, ist die Situation in den bernischen Schulen sehr angespannt. Nicht nur herrscht ein grosser Mangel an LehrerInnen, auch sind viele Schüler und Schülerinnen in diesen schwierigen Zeiten wegen der verschiedenen Kriege und dem Klimawandel sehr verunsichert und haben oft nebst schulischen auch psychische Probleme. Diese Probleme nehmen stark zu und haben Einfluss auf den Unterricht. Die Schulsozialarbeit nimmt sich den Problemen an, kann sich aber nicht allen SchülerInnen annehmen.

922 Fälle pro 100 Stellenprozente in der Schulsozialarbeit sind zu viel und übersteigen die Vorgaben des Kantons. Das erweiterte Helfernetz wie Erziehungsberatungsstellen für Kinder und Jugendliche, der psychiatrische Dienst, sowie die KESB sind am Anschlag. Es besteht dringend Handlungsbedarf. Ich bin froh, dass die Direktorin BKS (Direktion für Bildung, Kultur und Sport) dies auch so sieht und der gesamte Gemeinderat die Schulsozialarbeit stärken möchte. Die Stadtratsmitglieder, welche auch im Grossen Rat vertreten sind, könnten etwas unternehmen. Der Kanton übernimmt, soviel ich weiss nur 10% der Kosten der Schulsozialarbeit. Ein entsprechender Vorstoss im Kantonsparlament wäre sinnvoll und würde nicht nur Biel, sondern alle Gemeinden entlasten.

Schlussabstimmung

Der Stadtrat von Biel, nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 23. November 2023, gestützt auf Art. 42 Abs. 2 und Art. 43 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 11. Dezember 1996 (SGR 1.5.1-1), **beschliesst** für die Erfüllung des Postulats 20150342, Alfred Steinmann, Fraktion SP, «Schulsozialarbeit in den Bieler Schulen stärken», eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2025 zu gewähren.

Direktion Bau, Energie und Umwelt

20190288 Überparteiliches Postulat, Christiane Vlaiculescu, PSR, Ruth Tennenbaum, Passerelle, «Keine Pestizide in der Stadt»

Tennenbaum Ruth, Fraktion Grünes Bündnis: Wir sind mit der Abschreibung einverstanden, mich freut, dass der Gemeinderat das Anliegen umsetzt.

20220101 Dringliches Postulat, Oberle Fabio, JUSO, Schlup Nina, JUSO, «Heizkostenzuschuss für Haushalte mit geringem Einkommen»

Koller Levin, Fraktion SP/JUSO: Ich spreche hier, weil die Antragstellenden heute nicht anwesend sind. Als Fraktionspräsident übernehme ich den Vorstoss. **Die Urhebenden beantragen, das Postulat nicht abzuschreiben.** Aus Sicht der Fraktion SP/JUSO ist die Antwort sehr unbefriedigend. Der Gemeinderat hätte dem Stadtrat verschiedene Vorschläge vorlegen können. Der Gemeinderat hat gar nichts unternommen und sich seine Aufgabe sehr leicht gemacht. Ich bitte Sie deshalb, unserem Antrag zu folgen.

Tennenbaum Ruth, Fraktion Grünes Bündnis: Falls das Postulat verlängert würde, plädieren wir dafür, dieses einer anderen Direktion zuzuweisen. Es geht nicht um energiepolitische Fragen, sondern um sozialpolitische und hat in der Direktion Bau, Energie und Umwelt (BEU) nichts zu suchen.

Frank Lena, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Der Gemeinderat beantragt, das Postulat abzuschreiben, weil sich seit der Einreichung des Vorstosses das Problem ein bisschen gelegt hat. Ich sage nicht, dass das Problem gelöst ist, aber die Energiepreise sind zum Glück wieder gesunken. Es sieht danach aus, als würden sie sich stabilisieren und deshalb kann das Postulat abgeschrieben werden. Wir bitten Sie, dem Gemeinderat zu folgen.

Abstimmung

- über den Antrag der Fraktion SP/JUSO, das Postulat nicht abzuschreiben.

Der Antrag wird abgelehnt.

Schlussabstimmung

Der Stadtrat von Biel, nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 29.11.2023, gestützt auf Art. 42 und 43 der Geschäftsordnung des Stadtrates (SGR 1.5.1-1), **beschliesst:**

1. Für die Erfüllung des Postulats 20080265, André de Montmollin, Fraktion SP, «Für eine Begegnungszone in der näheren Umgebung des Spitalzentrums» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2026 gewährt.
2. Für die Erfüllung des überparteilichen Postulats 20170162, Julien Stocker, GLP, Miro Meyer, JUSO, Lena Frank, Grüne, Anna Tanner, SP, Judith Schmid, PdA, «Autofreier Bahnhofplatz» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2026 gewährt.
3. Für die Erfüllung des Postulats 20170295, Dennis Briechle, GLP, «Hand in Hand: Tempo-30 und Begegnungszonen» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2026 gewährt.
4. Für die Erfüllung des überparteilichen Postulats 20170319, Salome Strobel, SP, Christophe Grupp, Grüne, Glenda Gonzales, PSR, Dennis Briechle, GLP, «Begegnungszone Bubenbergstrasse» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2026 gewährt.
5. Für die Erfüllung des Postulats 20190287, Salome Strobel, Fraktion SP, «Büttenbergquartier entlasten» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2026 gewährt.
6. Das überparteiliche Postulat 20190288, Christiane Vlaiculescu, PSR, Ruth Tennenbaum, Passerelle, «Keine Pestizide in der Stadt» wird als erfüllt abgeschrieben.
7. Für die Erfüllung des Postulats 20190291, Titus Sprenger, Fraktion Einfach libres!, «Anpassung an die Folgen des Klimawandels: Prüfung der Betroffenheit und mögliche Massnahmen» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2026 gewährt.
8. Für die Erfüllung des Postulats 20210257, Epper Bettina, Grüne, «Platzreglement für die Stadt Biel» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2026 gewährt.
9. Für die Erfüllung des Postulats 20210259, Roth Myriam, Fraktion Grüne, «30 km/h in der Nacht» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2026 gewährt.
10. Für die Erfüllung des Postulats 20210294, Vouillamoz Naomi, Fraktion Grüne, Rüber Stefan, Fraktion Grüne, «Das Quartier Mett wird neu zu einer verkehrsberuhigten Zone» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2026 gewährt.
11. Für die Erfüllung des überparteilichen Postulats 20210336, Rüber Stefan, Fraktion Grüne, Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO, «Begegnungszonen im Mühlefeld» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2026 gewährt.
12. Für die Erfüllung des dringlichen Postulats 20220027, Epper Bettina, Fraktion Grüne, «E-Trottinette aufrüsten - für mehr Sicherheit für alle» wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2026 gewährt.
13. Das dringliche Postulat 20220101, Oberle Fabio, JUSO, Schlup Nina, JUSO, «Heizkostenzuschuss für Haushalte mit geringem Einkommen» wird als erfüllt abgeschrieben.

Begründung der Dringlichkeit des Postulats, Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO «Lückenlose Transparenz über die Finanzen des Tierschutzvereins Biel»

Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO: Ich stelle fest, dass die Sektion Biel-Seeland-Berner Jura des Tierschutzvereins nach wie vor nicht transparent geführt wird. Die Stadt Biel liefert jedes Jahr CHF 90'000 an Subventionen ab. Ich finde, Frau Ruch hat das Vertrauen verloren. Wir wünschen uns eine unabhängige Überprüfung der Bücher. Dringlich ist das Anliegen deshalb, weil im April 2024 bereits eine Versammlung stattfinden soll, an welcher Frau Ruch eine Statutenänderung plant. Wahrscheinlich soll diese zu ihren Gunsten ausfallen, denn auf der Homepage ist dazu nichts zu finden. Im Juni soll die erste Tranche der Subventionen überwiesen werden. Ich möchte, dass diese eingefroren wird, bis lückenlose Transparenz herrscht und bis öffentlich einsehbar ist, für was die Gelder verwendet werden.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

Loderer Benedikt, Stadtratspräsident: Ich unterbreche die Sitzung. Wir sehen uns in einer Stunde wieder.

Sitzungsunterbruch: 19.45 bis 20.50 Uhr.

10. Übertrag Vorstösse aus der vorhergehenden Sitzung

20230187 Postulat Tanner Anna, GPK, Zumstein Joël, GPK, Lehmann Caroline, GPK, Scheuss Urs, GPK, Sprenger Titus, GPK, Suter Daniel, GPK, Torriani Latscha Isabelle, GPK, «Finanzierung der Kulturinstitutionen von regionaler Bedeutung»

Le Conseil municipal propose d'adopter le postulat.

(Texte et réponse du Conseil municipal, voir annexe no 1)

Wächter Olivier, 1^{er} vice-président: Bonsoir, comme vous pouvez le constater, nous avons procédé à l'échange de place avec Monsieur Benedikt Loderer, comme il vous l'avait annoncé en début de séance. Le but ici, est que je m'essaie au rôle de président tout en gardant mon poste de vice-président. Je vais donc finir cette séance en la présidant avec l'accord de notre président. Pour ce faire, j'ai participé à la préparation de la séance de ce soir.

Tanner Anna, GPK: Die GPK dankt dem Gemeinderat für die Bereitschaft, den Stadtrat im Dezember 2025 über die Strategie zur Finanzierung der Kulturförderung zu informieren. Es ist wichtig, dass der Stadtrat zwischenzeitlich Einblick erhält, da er ja dann über die Verlängerung der Leistungsverträge befinden muss. Das letzte Mal führte dies zu lebhaften Diskussionen. Wir freuen wir uns auf den Bericht und folgen dem Gemeinderat.

La proposition du Conseil municipal n'est pas contestée par le Conseil de ville.

20230157 Überparteiliche Interpellation Suter Daniel, PRR, Sutter Andreas, FDP, «Künftige Nutzung des Schlachthofareals»

(Texte et réponse du Conseil municipal, voir annexe no 2)

Suter Daniel, au nom du Groupe PRR: Nous remercions le Conseil municipal pour sa réponse qui est satisfaisante par sa forme et rassurante par son contenu. Ce dernier laisse la porte ouverte à une affectation future raisonnable de l'aire des anciens abattoirs à la rue de Morat. L'abandon du projet de contournement autoroutier qui prévoyait la disparition des anciens abattoirs a réveillé certains milieux qui souhaitent créer un centre culturel alternatif dans le site des anciens abattoirs, profitant de la mise sous protection du site par le service cantonal des monuments historiques. D'où l'intérêt de connaître les intentions de la Ville à cet égard. Cet intérêt est motivé par la valeur hautement stratégique de ce terrain pour le développement de notre Ville.

La comparaison avec le terrain du nouveau centre de santé à la rue d'Aarberg est judicieux. Il en découle pour les anciens abattoirs, une valeur de plus de CHF 5 mio. ou une rente de superficie annuelle de plus de CHF 150'000. Vu la situation financière de notre Ville, cela serait bon à prendre. Comme le Conseil municipal l'évoque dans sa réponse, les affectations envisageables à cet endroit sont le logement mais aussi le commerce et l'artisanat et pourquoi pas la culture. Face au décret cantonal de mise sous protection, notre Exécutif est manifestement décidé à faire valoir les intérêts de la Ville dans les procédures d'aménagement ou de construction à venir.

En cas d'échec, la Ville subirait une forme d'expropriation matérielle qui pourrait lui donner un droit à une indemnisation. Cela étant, je ne pourrais m'imaginer qu'un soutien massif du Conseil municipal dans ces démarches vis-à-vis du Canton par le Conseil de ville, par exemple par l'adoption à l'unanimité ou presque d'un postulat allant en ce sens pourrait avoir son effet. Celles et ceux qui souhaitent une politique plus active de la Ville en matière de construction pourraient se joindre à ce postulat afin de construire la Ville en ville et continuer de la développer.

Le défi est lancé pour une telle démarche de l'ensemble du Conseil de ville, on verra la suite. En attendant, nous continuons à suivre le sort de ce précieux terrain avec la plus grande attention.

Les interpellants sont satisfaits de la réponse du Conseil municipal.

20230189 Interpellation Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO, «Wie steht der Gemeinderat zu den vorgesehenen 8 Fernwärmeheizungen auf Holzbasis?»

(Texte et réponse du Conseil municipal, voir annexe no 3)

Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO: In seiner Antwort ist klar ersichtlich, dass der Gemeinderat die zugrundeliegenden Daten und Studien zu wenig kennt. Ich frage mich, ob er absichtlich viele wichtige aktuelle Daten nicht berücksichtigt hat. Interessant ist, dass der Gemeinderat in seiner Antwort hervorhebt, dass für ihn Lärm, Verkehr und Umweltverschmutzung zu minimieren und der Gesundheitsschutz der Menschen die höchsten Prioritäten geniessen. Wenn dies die höchsten Prioritäten sind, dann ist eigentlich klar, dass mit Pellets und Holzschnitzel befeuerte Fernwärmesysteme von

vornherein ausscheiden. Holz ist zwar langsam erneuerbar, aber auch endlich. Bereits heute wird mehr Holz entnommen als im Mittelland nachwächst. Das Landesforstinventar zeigt, dass der Zuwachs von 2,973 Millionen Kubikmeter pro Jahr, den Verbrauch von 3,28 Millionen Kubikmeter pro Jahr nicht deckt. Das ist nicht nachhaltig. Das Jahrbuch Wald und Holz zeigt, dass der bestehende Bestand im Mittelland in den letzten 20 Jahren um 11% abgenommen hat, weil der Wald dort stärker genutzt wird. Biomasselieferungen gelangen leider nicht autonom in die Kraftwerke. Sie werden meistens mit Traktoren und Anhängern transportiert. Sie verursachen Lärm und Luftverschmutzung, nicht nur durch die Abgase, sondern auch durch den Verschleiss von Bremsen und Reifen. Ein mittelgrosses 3 Megawatt Biomassefernheizwerk, das 50 Gebäude heizen kann, benötigt etwa 400 Kubikmeter Holzhackschnitzel pro Woche, was 16 Anhängerladungen entspricht oder 32 Traktorfahrten zum und vom Werk. Grössere Anlagen benötigen selbstverständlich deutlich mehr Fahrten. Für das 33 Megawatt Heizkraftwerk von Aarberg sind 34 Lastwagenfahrten pro Tag erforderlich.

Das ist eine Zunahme von 1,5% des Verkehrs. Drei Hauptverschmutzungsquellen im Zusammenhang mit der Nutzung holzartiger Biomasse bedrohen die menschliche Gesundheit: Der Mehrverkehr, wie soeben erwähnt, ausserdem die Luftverschmutzung durch die Verbrennung von Biomasse und die Ascheentsorgung und deren potenziellen Umweltverschmutzung. Die Studie der Public-Health-Allianz von 2020 ergab, dass eine Verkehrszunahme um 1% die Gesundheitskosten um fast 0,5% erhöht. Es wissen wohl nur wenige, wie viele Schadstoffe bei der Verbrennung von Biomasse freigesetzt werden. Nebst den Feinstaubpartikeln PM10 und PM2,5 sind dies Stickoxide, Kohlenmonoxide, Schwefeloxide. Diese Stoffe sind hochgiftig für die Menschen. Aufgrund von fehlendem Altholz werden zwischenzeitlich oft nicht vollständig ausgetrocknete Holzhackschnitzel mit einem Feuchtigkeitsgehalt von rund 50 % verbrannt. Die Feinstaubkonzentration in Biel hat gemäss Satellitenbildern und Messungen bereits massiv überhöhte Werte von 10 bis 12 Mikrogramm ergeben. Die WHO empfiehlt einen Grenzwert von 5 Mikrogramm. Die Ascheentsorgung ist, wie gesagt nicht nur toxisch belastet, sondern die Deponien nehmen sie teilweise gar nicht an, weil sie nicht entsprechend nachgerüstet sind.

In der Beantwortung steht, dass eine Folge von zu dichten Wäldern darin besteht, dass diese nur wenig zusätzliches CO₂ speichern, weil Bäume zum Wachsen Platz brauchen. Diese Aussage ist ebenso falsch wie unwissenschaftlich. Dichte Wälder haben keine Mühe CO₂ zu binden und enthalten vielmehr Kohlenstoff, ebenso alte Bäume. Die Forschung zeigt eindeutig, dass sowohl die Erhaltung der Wälder als auch das Altwerden der Bäume die Kohlenstoffbindung erhöht. Das BAFU (Bundesamt für Umwelt) warnt, dass Strategien, welche die Nutzung von Holz und Biokraftstoff erhöhen, aus Sicht der CO₂-Bilanz nicht effizient sind. In einer vom BAFU und Wald-, Schnee- und Lawinenforschungsinstitut gemeinsam verfassten Studie von 2021 wird geschätzt, dass die Schweizer Wälder bereits in 30 Jahren zu Netto-Emittenten von Kohlenstoffen werden können, wenn die Abholzung zunimmt.

Der Gemeinderat schreibt, bei den Energiequellen Erdwärme und Solarenergie muss beachtet werden, dass die Nutzung von Erdwärme für grosse Wärmeverbunde mit weitreichenden Bohrungen in den Untergrund verbunden ist. Sowohl in Bezug auf den Schutz des Grundwassers als auch hinsichtlich der wirtschaftlichen Erzeugung von Wärme sind diese kritisch zu betrachten. Diese Aussage ist nicht wissenschaftlich untermauert. Es besteht eine Voreingenommenheit gegenüber der Geothermie.

Geothermische Energie ist eine aussergewöhnlich konstante Energiequelle, die das ganze Jahr über zur Verfügung steht und nicht vom Wetter beeinflusst wird. Sie ist wirklich erneuerbar, nachhaltig, kostenlos und erzeugt weder Treibhausgase noch schädliche Schadstoffe oder Lärm. Geothermische Heizsysteme haben einen hohen Wirkungsgrad.

Angesichts der Zwillingsskrisen Biodiversität und Klimawandel sollten wir uns auf die erneuerbare Energie sowie auf Wärmepumpen, insbesondere mit Erdwärme, Seewasser oder Grundwasser konzentrieren. Es spielt keine Rolle, ob der im Holz enthaltene Kohlenstoff zuvor beim Wachstum der Bäume aus der Atmosphäre entfernt wurde. Ein Molekül CO₂, das heute in die Atmosphäre gelangt, hat die gleichen Auswirkungen auf das Klima, egal ob es aus alten fossilen Brennstoffen oder aus im letzten Jahr angebaute Biomasse stammt. Das Verbrennen von Bäumen erhöht durch den darin enthaltenen Kohlenstoff sofort den CO₂-Gehalt der Atmosphäre. Jeder gefällte und verbrannte Baum ist ein Luftreinigungs- und Kohlenstoffbindungsmechanismus weniger, ein Lebensraum weniger für wildlebende Tiere, ein Netzwerk von Boden haltenden und Wasser filternden Wurzeln weniger, ein Schattenplatz weniger und ein Kletterbaum weniger dafür ergibt er aber garantiert mehr CO₂ und mehr Schmutzstoffe. Darum werden wir heute einen Folgevorstoss als Postulat einreichen. Darin bitten wir den Gemeinderat, zuerst alle anderen Kraftwerkmöglichkeiten zu prüfen, bevor weitere Holzfernwärmeheizungen gebaut werden.

van der Meer Marion, au nom du Groupe Alliance Verte: Pour la transparence du débat, je précise que je dirige la division forestière du Plateau.

Les questions de Madame Susanne Clauss sont justifiées car il y a tellement de beaux projets de chauffage si nous allons tous les réaliser, nous dépasserons le potentiel d'exploitation durable de nos forêts. Afin d'analyser le potentiel de bois énergétique local, Energie Service Biel-Bienne fait bien de continuer ces conversations avec les grands propriétaires des forêts alentours. La division forestière veillera sur la durabilité avec les permis de coupe. J'estime que 20'000m³ additionnels en vrac seront réalisables pour Bienne. Toutefois, des contrats à très longue durée seront nécessaires car le bois énergétique est demandé. Il commence à se faire transporter d'ici jusqu'à Lucerne voir à l'étranger, ce qui n'est pas très intelligent. Nous voulons tous une économie circulaire, il est donc judicieux d'assurer que nous garderons des voies locales à notre disposition jusqu'à la fin de la vie des chauffages.

Je rejoins le Conseil municipal quant à la priorité des sources rejet de chaleur, lacs et rivières pour chauffer nos appartements. Le bois étant beaucoup plus efficace pour la chaleur industrielle qui va au-delà de 100 degrés.

Vouillamoz Naomi, Les Vert·e·s: Je me permets de prendre la parole car je voulais remercier Madame Susanne Clauss pour cette interpellation. Je trouve que le sujet est important et mérite d'être discuté. Je ne suis non plus tout à fait satisfaite de la réponse du Conseil municipal Je pense que la stratégie proposée est la bonne. En effet, chercher à déployer des réseaux de chauffage à distance est quelque chose qui est montré comme étant le moyen efficace de décarboner la chaleur dans les villes. Ceci à condition que ce soit mis sur des sources de chaleur renouvelables. J'estime que la Ville manque de proactivité dans le sens où ce qui est fait et les projets qui se développent, c'est du déjà-vu. C'est typiquement le cas de l'utilisation de l'eau du lac, domaine dans lequel Genève est pionnière. Nous sommes donc des suiveurs. Nous

ne sommes pas capables de déployer correctement la récupération de la chaleur de la MÜVE car ce n'est pas économique. Je me dis que l'économie, c'est des conventions sociales. Il doit y avoir un moyen d'avoir un peu de créativité afin de pouvoir faire fonctionner la chose. Il est toujours plus facile de modifier l'économie que le second principe de la thermodynamique. Ensuite, la ressource des nappes phréatiques est une ressource qui risque d'être sollicitée par d'autres secteurs dans la mesure où le régime hydrique en Suisse est en train de se transformer très rapidement. J'encouragerais la Ville à se pencher sur ce sujet car on va avoir des épisodes de sécheresse probablement plus intenses et plus longs durant les étés. Il faudrait donc prévoir ce facteur dans la mise en place de ces installations. Concernant le bois, je ne vais pas répéter tout ce qui a été dit, c'est une ressource qui est limitée. Je vais juste mentionner le rapport du service de l'environnement du canton de Fribourg qui met en alerte sur le fait que sans acheminer du bois de l'étranger, il ne sera pas possible d'approvisionner tous les chauffages au bois prévu à long terme. La Suisse importe déjà deux fois la surface de ses propres forêts chaque année pour ses besoins en carton, papier, chocolat, café, etc.

Maintenant, je viens sur le dernier point de cette demande qui était d'évaluer le solaire et l'énergie de la terre. Je ne suis vraiment pas d'accord avec le Conseil municipal qui dit qu'il y a du brouillard en hiver et que le solaire n'est donc pas envisageable. Des panneaux solaires ont été installés sur les toits de la Tissot Arena. Je pense qu'il y a aussi du brouillard à cet endroit. Il est possible d'utiliser cette énergie pour faire de l'eau chaude sanitaire en été quand il n'y a pas de chauffage utilisé. Il est possible de chauffer l'eau des douches, par exemple. Je termine avec mon sujet préféré, la géothermie. J'ai envie de dire que c'est la bonne nouvelle pour la Droite car il n'y a pas besoin de construire de réacteurs nucléaires pour cela. En effet, ce réacteur est sous nos pieds car la terre est un immense réacteur nucléaire. Il suffit de forer pour y accéder. C'est une ressource qui est toute l'année présente et qui n'est pas dépendante des variations saisonnières. Il paraît qu'il faut être critique sur le forage parce qu'il peut y avoir un risque de contamination de la nappe phréatique.

Cela fait 150 ans que l'industrie du forage du pétrole et du gaz existe et quand les moyens économiques sont mis en oeuvre pour faire un forage de qualité, le risque de contamination devient quasiment nul.

Je ne connais pas de technologies de génération de l'énergie qui n'ont pas d'externalités négative sur l'environnement, il va donc falloir faire des pesées d'intérêts. Je tiens à rappeler par rapport à cette contamination potentielle, que lorsqu'il pleut aujourd'hui, il nous pleut des microparticules de plastique sur la tête. Lorsqu'on fait de l'agriculture intensive, on déverse des millions de tonnes de pesticides qui finissent dans les eaux de surfaces.

J'encouragerais donc la Ville à évaluer le potentiel de la géothermie pour ces projets de chauffage à distance.

Frank Lena, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Grundsätzlich haben wir nicht eine komplett andere Position. Was der Gemeinderat in der Beantwortung schreibt, ist eigentlich genau das, was Sie sagen. Wie werden Fernwärmeprojekte priorisiert? Als letzte Option kommt eine Lösung mit Holz in Frage. Wir, das kann ich Ihnen versichern, prüfen vorher alle anderen Lösungen, so wie es in der Beantwortung auch steht. Erst wenn es nicht anders geht, wird auf Holz oder Pellets zurückgegriffen. Es ist

schlussendlich besser eine Pelletsheizung zu realisieren, als keine alternative Heizlösung anzubieten. Die von Ihnen erwähnten Risiken sind uns bewusst. Im innerstädtischen Raum ist die Installation von grossen Holzheizungen eine Herausforderung.

Effektiv sind gewisse Fahrten und Zulieferungen notwendig. Dies zu vermeiden, ist nicht immer möglich. Fernwärmelösungen mit Holz wird es weiterhin geben. Wir gehen davon aus, dass diese im Moment tragbar sind. Wir haben keine Lösungen vorgesehen, bei denen Holz von weit weg zugeführt werden muss. Das wäre nicht effizient.

Noch ein Wort zu den von Ihnen ins Feld geführten Wärmepumpen: Ja, diese sind wichtig aber am Schluss sind kollektive Lösungen besser, bei denen nicht jedes Häuschen seine eigene Wärmepumpe hat. Damit stellt sich nämlich das Problem, dass wir zu wenig Strom haben, respektive wir schauen müssen, wie wir weitere erneuerbare Stromquellen gewinnen können. Da sind wir heute bereits daran. Durch die ganze Elektrifizierung, die auf uns zukommt, auch bei den Heizungen, ist das eine Herausforderung. Grundsätzlich ist eine Diversifizierung wichtig. Wir müssen auf verschiedene nachhaltige Energieträger setzen. Für den richtigen Ort muss die richtige Lösung gefunden werden.

Les interpellantes ne sont pas satisfaites de la réponse du Conseil municipal.

Wächter Olivier, 1^{er} vice-président: Un petit rappel pour les orateurs, vous avez droit à 5 minutes de parole. La petite lumière rouge qui se trouve sur le pupitre des orateurs s'allumera afin de vous informer qu'il vous reste deux minutes de parole.

11. 20230285 Dringliche überparteiliche Interpellation Briechle Dennis, GLP, Roth Myriam, Grüne, «Unzumutbare Velostation - wie lange noch?»

(Texte et réponse du Conseil municipal, voir annexe no 4)

Briechle Dennis, Fraktion GLP+: In wenigen Tagen ist es ein halbes Jahr her, seit die Velostation am Bieler Bahnhof ihre Hauptdienstleistung, die gesicherte Aufbewahrung von Velos, verloren hat. In einer Stadt in der leider Velodiebstähle zu den grossen Ärgernissen zählen, ist diese Dienstleistung wichtig. Seit dem 8. September 2023 stehen die Türen offen und jeder kann die Räumlichkeiten betreten. Noch immer hängt nur ein Zettel beim Eingang, der auf diesen Umstand hinweist. Mehr als dass dieses Problem bis auf weiteres bestehen würde, erfahren die Nutzenden nicht. Die Bielerinnen und Bieler haben notabene für die sichere Aufbewahrung ihrer Velos bezahlt. Das Zutrittssystem hat die Betreiber bereits in den letzten Jahren beschäftigt. Wie dem Jahresbericht der Parking Biel AG entnommen werden kann, wurden in den letzten drei Jahren sowohl Investitionen in das System als auch in Türen selbst gesteckt. Die neue Technik ist für nichts, weil ihr die Informationsquelle fehlt.

Der Server, auf welchem die Daten den Nutzenden gespeichert sind, hat den Geist aufgegeben. Sicherungskopie Fehlanzeige. Niemand weiss mehr, wer ein Abonnement für die Station hat und wie man diese Personen kontaktieren könnte. Diese Informationen sind aus der Antwort des Gemeinderates zu entnehmen. Unsere Fragen hat er beantwortet. Allerdings hat die Beantwortung der vorliegenden Interpellation

einen Unterton, der uns etwas ratlos zurücklässt. Es scheint fast, dass der Gemeinderat die Situation etwas schulterzuckend hinnimmt und den dringenden Handlungsbedarf vermissen lässt. Einige Ausführungen in der Beantwortung sind etwas erstaunlich. Beispielsweise schreibt der Gemeinderat beschönigend, dass die Abstellplätze grundsätzlich nach wie vor uneingeschränkt nutzbar seien. Grundsätzlich ist also alles in Ordnung. Im Gegensatz dazu steht auf der Mitteilung der Betreiberin in ihrem Anschlag am Eingang, die Velostation sei bis auf weiteres ausser Betrieb. Im gleichen Tonfall ist die Einschätzung des Gemeinderates zur Betreiberin, der Apcoa Parking Service Switzerland AG gehalten. Der Gemeinderat schreibt, dass die Dienstleistung in der erwarteten Qualität erbracht werde. Den ein halbes Jahr dauernde Ausfall der wichtigsten Dienstleistung als die «erwartete Qualität» zu bezeichnen, ist dann schon eher frech gegenüber der Kundschaft.

Erstaunlich ist auch, dass der Gemeinderat den Verlust der Kundendaten schulterzuckend hinnimmt, als ob das etwas sei, womit man halt rechnen müsse. Erst kürzlich hat der Gemeinderat in seinem Bericht betreffend den Verpflichtungskrediten 20220256, «digitale Support-Prozessen ERP» die Vorteile eines bei professionellen Anbietern gehosteten Systems erläutert. Wenn hingegen die Daten lokal gespeichert werden, sind Backups ein Muss. Wer mit Personendaten arbeitet, hat die Verantwortung diese Daten zu schützen, auch gegen Verlust. Der Umgang mit den Daten wirft weitere Fragen auf. Diesbezüglich wird heute eine weitere Interpellation eingereicht. Ich habe noch nie so viele Reaktionen aus der Bevölkerung erhalten wie auf den vorliegenden Vorstoss. Es ist offensichtlich, dass die betroffenen Kundinnen und Kunden unzufrieden sind mit der Situation und vor allem auch mit der äusserst mangelhaften Kommunikation. Der Aushang an der Velostation scheint inzwischen seit Monaten derselbe zu sein. Die Nutzenden tappen über die aktuell unternommenen Schritte im Dunkeln. Es bleibt zu hoffen, dass sie möglichst bald erleuchtet werden mit Informationen darüber, wann mit einer funktionierenden Velostation zu rechnen ist.

Feurer Beat, Direktor Finanzen: Herr Briechle, Sie kritisieren, dass der Gemeinderat mit der Leistung der Betreiberin zufrieden ist. Selbstverständlich ist er mit der Situation nicht zufrieden. Die bisherige allgemeine Verwaltung ist aber nicht zu kritisieren. Im Vordergrund steht die Frage, wieso es so lange dauert, bis eine Lösung gefunden wird. Zuerst musste abgeklärt werden, welche Varianten für den Ersatz des bisherigen Systems in Frage kommen. Offerten für ein neues Schliess-System mittels Badge wurden eingeholt. Der Auftrag dafür wurde nun erteilt. Wir gehen davon aus, dass spätestens Anfang März 2024 das neue System installiert wird. Keinesfalls hat der Gemeinderat die Situation einfach schulterzuckend zur Kenntnis genommen und nichts gemacht.

Das neue Zugangssystem bedeutet, dass neue Badges ausgegeben werden müssen. Die Nutzenden werden auf dem neuen Badge eine Gutschrift für die Dauer des Systemausfalls erhalten. Bei Rückgabe des alten Badges ohne Vertragsverlängerung, wird der Ausfall zurückerstattet. In den nächsten Tagen werden Informationen ab wann die neuen Badges abgeholt werden können auf der Internetseite der Stadt Biel aufgeschaltet. Die Betreiberin wird zudem ein Backup-System sicherstellen, um künftige Datenverluste zu vermeiden. Leider konnten wir nur den Verlust der Daten feststellen und haben zusammen mit der Betreiberin nach einer Lösung gesucht. Die Velodiebstähle waren auch bei verschlossenen Räumen bis vor zwei Jahren immer ein Thema. Die Betreiberin hat reagiert und versucht, diesen mit der Installation eines Dachs über der Velostation einen Riegel zu schieben.

Les interpellantes sont satisfaites de la réponse du Conseil municipal.

12. 20230225 Postulat Loderer Benedikt, Fraktion Grünes Bündnis, Rüber Stefan, Fraktion Grünes Bündnis, Scheuss Urs, Fraktion Grünes Bündnis, «Spitalzentrum Beaumont - die zweite Bieler Altstadt!»

Le Conseil municipal propose d'adopter le postulat interpartis et de le radier du rôle comme étant réalisé.

(Texte et réponse du Conseil municipal, voir annexe no 5)

Loderer Benedikt, Fraktion Grünes Bündnis: Ich danke dem Gemeinderat für seine Einsicht, das Postulat erheblich zu erklären und hoffe, Sie werden seinem Antrag folgen. Sie werden kaum überrascht sein, dass mir die Beantwortung der Stadtregierung einen lauen Eindruck hinterlässt. Sie ist ein Lehrstück dafür, wie den Fragen ausgewichen oder wie der Prüfungsauftrag ungeprüft geprüft werden kann. Anders ausgedrückt, was lau ist, erzeugt keine Wärme. Der Gemeinderat schreibt, beim Spital im Beaumont gehe es um *«eines der begehrtesten Entwicklungsareale der nächsten Jahre oder sogar Jahrzehnte»*. Ich bin ich mit ihm einer Meinung und ebenso, dass der Kauf dieser Grundstücke durch die Stadt Biel geprüft und diskutiert werden muss. Der Gemeinderat hat bereits gehandelt und seine ersten Hausaufgaben gemacht. In einer Vereinbarung zwischen der Stadt Biel und der Spitalzentrum AG wurde bereits ein Vorkaufsrecht festgeschrieben. Diese Vereinbarung ist ein Ruhmesblatt unserer Stadtregierung und verdient den Dank von Parlament und Volk. Noch bevor jemand im Stadtrat überhaupt merkte, dass sich dort oben etwas zu bewegen beginnt, hat der Gemeinderat sein Vorkaufsrecht am Spitalgrundstück abgesichert. Das nenne ich vorausschauen, gouverner c'est prévoir. Damit ist die erste Frage des Postulats glücklich beantwortet. Für die restlichen vier Punkte bleibt nur laue Luft.

Frage 2 betrifft die städtebaulichen Überlegungen. Da scheint sich der Gemeinderat noch keine gemacht zu haben. Ich kann nur hoffen, dass er die Ausstellung des Stadtlabors besuchen wird, die am 19. März 2024 um 18 Uhr im Centre Pasquart eröffnet wird. Dort werden die bisherigen Arbeiten der Architekturklasse der Berner Fachhochschule zum Spital vorgestellt und in einer Diskussionsrunde beurteilt. Etwas Nachhilfeunterricht kann nicht schaden, was im Übrigen auch für die Mitglieder des Stadtrats gilt. Mir fiel auf, wie sorgsam der Gemeinderat das Stichwort «zweite Altstadt» vermeidet, obwohl er in der dritten Frage des Postulates sehr direkt gefragt wurde, was er davon hält. Ihm scheint dieser Ausdruck ein Four-letter Word zu sein, ein Lapsus linguae, den eine anständige Stadtregierung nicht in den Mund nimmt. Ich bin allerdings sicher, auch der Gemeinderat muss dieses Hoffnungswort bald buchstabieren lernen. Immerhin ist er sich seiner Verantwortung für das neue Spital bewusst. Ohne danach gefragt worden zu sein, versichert der Gemeinderat, dass er sich den Erwartungen des Spitalzentrums, das *«auf einen substanziellen Gewinn zählt, um seine neuen Infrastrukturen im Brügg zu finanzieren»*, bewusst ist. Der Neubau in Brügg sei von öffentlichem Interesse. Heisst das, dass die Stadt Biel grosszügig bereit ist, mehr zu bezahlen, als der Markt hergibt? Ich überlasse die Antwort den politischen Ärzten am

finanziellen Krankenbett der Stadt Biel. Den Rest der gemeinderätlichen Antwort kann ich mir sparen. Die Fragen 4 und 5 versinken im Dämmer der ungewissen Zukunft.

Mir wurde vorgeworfen, ich hätte die Sau zu früh durchs Dorf getrieben. Statt die seriösen Fachleute ruhig arbeiten zu lassen, hätte ich mit dem Schlachtruf «zweite Altstadt» den gewohnten Gang der Planung gestört. Eine Sünde wider die Gewohnheit. Dem entgegne ich, dass die Planung so früh wie möglich zu stören ist. Wenn nicht, wird uns ein Projekt vor die Nase gesetzt, zu dem wir nur ja oder nein sagen können. Für das immer Gleiche sind das Grundstück und die Bausubstanz zu schade. Die zweite Altstadt ist zu wichtig, als dass sie den Technokraten überlassen werden darf. Zum jetzigen Zeitpunkt empfehle ich Ihnen, sich nur drei Dinge zu merken.

1. Die Stadt muss das Grundstück kaufen. Sie übernimmt damit die Verantwortung für die Planung. Das ist im öffentlichen Interesse.
2. Das Ensemble des Spitals Beaumont ist kein Abbruchobjekt. Es ist die zweite Bieler Altstadt. Sie wird erhalten, genauer gesagt, umgebaut. Nie sind wir imstande, dort heute ein räumlich so vielfältiges Ensemble wie das Bestehende zu bauen.
3. Wir brauchen keinen Masterplan, sondern einen Prozess, kein technokratisches Festlegen eines Endzustands, sondern das demokratische Finden eines Wegs.

Dabei hat niemand einen Anspruch auf ein Stück Spital oder anders gesagt, wir dürfen das Fell des Bären nicht verteilen, bevor wir ihn erlegt haben. Immerhin, der Stadtpräsident schrieb mir, dass die Firma Ecoptima AG aus Bern mit «*der Unterstützung der Stadtplanung im Prozess-Design*» beauftragt ist. Beim Wort «Prozess-Design» wurde ich hellhörig. Hat die Stadtplanung und damit der Gemeinderat bereits begriffen, dass es um einen Prozess und nicht um einen Masterplan geht? Die Antwort des Gemeinderats befriedigt mich derzeit nicht. Sollte er allerdings meine Gebote zum Kauf beibehalten und den Prozess anpeilen, dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, kennt meine Befriedigung keine Grenzen. (*rires*)

Rindlisbacher Hugo, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Unsere Fraktion sieht bezüglich diesem Postulat lediglich in der Frage 1 etwas Positives, denn der Verkauf von diesem Grundstück durch die Stadt Biel muss sicher diskutiert und geprüft werden. Es ist wichtig, dass solche Entscheidungen durch eine umfassende städtebauliche Planung und sorgfältige Abwägung der Vor- und Nachteile getroffen werden müssen. Aus diesem Grund sollten wir die Resultate der im Bericht des Gemeinderats erwähnten Studie betreffend die Zukunftsvision des Spitalareals Beaumont abwarten. In einem solch begehrten Entwicklungsareal müssten vorwiegend gute Steuerzahler angezogen werden, da die Kosten für einen Kauf nicht tief sein werden. Bedenken haben wir vor allem bezüglich der Frage 4: Die Antwort des Gemeinderats könnte zu einem zweiten Gurzelenareal führen und die Kosten würden nicht gedeckt werden. Die Umwandlung des Spitalzentrums in eine zweite Altstadt erfordert erhebliche Investitionen in die Infrastruktur, die Renovierungen und den Unterhalt der Gebäude, was zu einer enormen finanziellen Belastung für die Stadt führen würde. Deshalb wird unsere Fraktion das Postulat nicht erheblich erklären.

Sutter Andreas, Fraktion FDP: Unsere Fraktion wird das Postulat nicht unterstützen. Es ist kein gutes Beispiel, wenn der Stadtwanderer und Stadtratspräsident in Personalunion in einen nicht parlamentarischen Prozess vorpreschen. Seine Aktion hat den Wert des Terrains um die Hälfte reduziert. Per Definition kann eine Altstadt nicht gebaut werden und die letzten Bauten im Spitalzentrum sind lediglich sechs Monate alt. Ich habe durch die Kinderklinik Wildermeth ein wenig Erfahrung in der Umnutzung von Spital-Infrastruktur. Es bestehen dort etliche Stolpersteine durch asbesthaltige

Isolationen, Farben, Böden und Fensterrahmen und 30% des Volumens der technischen Räume werden nicht mehr verwendet werden. Im Spitalzentrum sind es zwei Notstromgruppen, im Erdbebenfall instabile Wassertanks von mehreren 100m³ und eine Lagerhalle für Schwertransporte etc. Wie soll das als Altstadt umgenutzt werden? Alles hat seine Grenzen, Sie können nicht einen Kindergarten, eine Schule oder ein Ratsbetrieb in ein Spital hineinpfuschen.

Bord Pascal, au nom du Groupe PRR: Le scénario idéal était dessiné. L'hôpital vend son terrain permettant de financer notre nouvel hôpital biennois à Brügg. Le site attractif attire de bons contribuables qui peuvent acquérir un logement avec une vue imprenable contribuant à la santé de nos finances.

Ainsi, l'hôpital disposerait des ressources financières suffisantes pour répondre aux besoins de soins de la région sans avoir besoin d'aller à Berne ou dans les cliniques privées. Que notre président du Conseil de ville ait des idées créatives décalées dans son rôle de promeneur solitaire est une chose, mais il n'a pas l'air seul. Je suis préoccupé de certaines visions que je ne donnerai pas ici. J'espère que le Conseil municipal mais surtout le Conseil de ville réalise une fois que nous avons besoin de bons contribuables pour financer toutes les politiques publiques que vous préconisez. Je demande expressément au Conseil municipal lors de l'étude du postulat de chiffrer le manque à gagner fiscal, si un projet alternatif était proposé. Ce manque à gagner devrait figurer dans l'assainissement avec une péjoration des finances.

Il s'agira de compenser par des économies dans d'autres domaines. Je vous rappelle que dans la comptabilité publique, tout renoncement volontaire à des revenus est à considérer de même manière qu'un crédit additionnel. En plus que ces aspects fiscaux, nous devons également soutenir notre hôpital, notre système de santé biennois et ne pas compromettre son développement par des décisions dogmatiques.

Eggli Roland, Fraktion GLP+: Den Ausführungen der Herren Loderer und Sutter habe ich entnommen, dass die Stadt 2019 das Vorkaufsrecht für das Grundstück abgeschlossen hat. Herr Sutter wirft Herrn Loderer zudem vor, dass er seiner Aktion einen grossen Schaden angerichtet habe, da das Grundstück dadurch nur noch den halben Wert habe. Von mir aus gesehen ist es eine super gute Sache, wenn die Stadt das Vorkaufsrecht hat und das Grundstück nur noch die Hälfte kostet...

Wiederkehr Martin, Fraktion SP/JUSO: Für unsere Fraktion war das Postulat eher eine Interpellation und wir stellten uns die Frage, was mit Punkt 5 genau gemeint ist. Die Zielvorstellungen waren für uns eigentlich nicht klar, aber der Antwort des Gemeinderats können wir voll zustimmen. Es macht Sinn, zu prüfen, ob das ganze Areal abgerissen resp. ein aufwändiger Rückbau durchgeführt und ein langjähriges Neubauprojekt veranlasst werden soll. Ich habe eine Sendung zum Thema Wohnungsnotstand gehört und über die Umnutzung von bestehenden Gebäuden. Umnutzungen sind ökologischer und können rascher Wohnraum zur Verfügung stellen als ein Rückbau und ein neues Projekt. In dem Sinne unterstützen wir das Postulat. Der Gemeinderat soll die Variante prüfen. Es gibt Gebäude, die können tatsächlich nicht stehen gelassen werden und ein Rückbau ist notwendig. Andere Gebäude sind wirklich eben erhaltenswert und können umgenutzt werden. Es soll etwas Neues entstehen, von Altstadt wollen wir auch nichts hören.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Herr Loderer, Sie sind der Meinung, die Antwort des Gemeinderats sei lau. Das genau soll sie sein! Denn die von Ihnen erwähnte und

aktuell geplante Studie soll eine Potenzialstudie sein, welche die Ergebnisse nicht vorwegnimmt. Es ist ein wichtiger Entwicklungsstandort und ich finde es toll, dass sich die Bevölkerung und die Politik dafür interessieren. Jedoch bestehen sehr unterschiedliche Bedürfnisse und Interessen und der Gemeinderat will bei einem so wichtigen Areal bewusst ergebnisoffen vorgehen und das mögliche Potenzial eruieren.

Ihr Vorschlag von der zweiten Altstadt, Herr Loderer, ist ein ganz konkreter Vorschlag. Nebst dem Parlament gibt es andere Personen im Quartier Beaumont, die mit mir Kontakt aufnehmen. Sie haben andere Anliegen, bei welchen vielleicht der Verkehr fast wichtiger ist als die Frage, wie die Zukunft für das Spitalzentrum aussieht. Hinsichtlich der Schliessung des Alterszentrums Unteres Ried, gibt es Menschen, welche eine Institution für ältere Leute als neues Projekt sehen und viele andere Anliegen. Genau aus diesem Grund will der Gemeinderat keine Vorgaben machen, sondern der Prozess soll, muss und wird partizipativ sein.

Bezüglich der negativen Stimmen zur Zwischennutzung möchte ich relativieren: So ein Areal umzunutzen, muss ein langfristiger Prozess sein, eventuell mit gewissen Versuchsanordnungen und vorübergehenden Nutzungen. Dies ist nicht grundsätzlich, wie von den Vorrednern argumentiert, wertmindernd oder schlecht, sondern kann durchaus Sinn machen. Es ist eine Art von Labor. Die «Gurzelen» ist kein schlechtes Beispiel einer Zwischennutzung. Die Spielregeln müssen eingehalten werden, weil am Tag, an welchem der genossenschaftliche Wohnungsbau starten soll, erwartet der Gemeinderat, dass das Terrain diskussionslos freigegeben wird. Über Zwischennutzungen wird das riesige Gelände und Gebäude bespielt und gezeigt, welche Möglichkeiten für eine weitere Nutzung bestehen, was durchaus sinnvoll ist.

Ebenso ist unbestritten, dass keine Gebäude unnötig vollständig zurückgebaut werden sollen. Wieviel vom ursprünglichen Spitalzentrum erhalten werden kann, ist noch vollständig offen. Es wird auch Räume geben, die mit verschiedenen Giftstoffen belastet sind und Innenhöfe, welche für Wohnungen zu wenig Tageslicht haben etc. Diese Fragen sind alle noch offen.

Ein anderes Thema: Ein Vorkaufsrecht ist das Recht, als erstes zu Marktpreisen zu kaufen. Und Herr Loderer, die Stadt ist nicht bereit, einen Zuschlag über dem Marktpreis zu zahlen. Es ist bekannt, welchen ungefähren Wert die Parzelle in der heutigen Ausnutzung und mit den aktuellen baurechtlichen Vorschriften hat. Es geht darum, die bestmögliche Lösung mit tendenziell mehrheitlicher Wohnnutzung zu finden.

Loderer Benedikt, Fraktion Grünes Bündnis: Eigentlich hat der Stadtpräsident das geantwortet, was ich erwarte und hoffe, dass es so durchgeführt wird: Eine offene Planung mit den entsprechenden vielen Beteiligten, was bedeutet, dass wir keinen Masterplan benötigen, sondern einen Prozess. Also Herr Fehr, wir sind uns eigentlich schon einig.

Herr Sutter, apropos meiner Wertminderung des Geländes: Hätte sich die Leitung des Spitalzentrums nicht auf CHF 55 Mio. festgelegt, sondern noch keinen genauen Betrag genannt, dann wären sie aus dem Schneider. Wenn sie nun die CHF 55 Mio. nicht erhalten, ist dies weder meine noch die Schuld der Stadt Biel. Ich gebe zu, es ist natürlich unsittlich, dass ein Typ, der Stadtratspräsident ist, auch noch Ideen hat und diese noch in der Öffentlichkeit vertritt und das sogar im Stadtrat. Aber ich bin also soweit noch ein Schweizer Bürger und lasse mir nicht den Mund verbieten.

La proposition du Conseil municipal n'est pas contestée par le Conseil de ville.

13. Adieu Vlaiculescu-Graf Christiane

Stolz Joseline, au nom du Groupe PSR: On va faire un petit exercice avant que Madame Vlaiculescu-Graf s'en aille. On va répéter son nom complet tous ensemble (*rires!*).

Ma chère Christiane, c'est avec émotion que je t'adresse ces quelques mots au nom du Groupe PSR. En effet, nous collaborons depuis quelques années déjà et petit à petit, le statut de collègue ou de camarade comme usité chez les anciens, c'est muet en amitié. Au plus loin que remonte que je remonte dans ma mémoire, Christiane a toujours œuvré avec les mêmes convictions politiques, avec les mêmes valeurs qu'elle a toujours défendu avec force et vigueur. Elle s'est particulièrement investie dans la défense de la cause des musiciens de la Ville depuis son arrivée à Vienne en 1979. Elle ne s'est pas arrêtée là. Elle a toujours été très active dans la section du PSR biennois. Elle était la co-présidente du PSR et du grand parti SP/PS jusqu'en 2020. En 2018, elle est entrée ici au Conseil de ville. Avec elle, nous avons beaucoup discuté politique. Nous avons aussi parlé d'actualité et échangé nos points de vue. Très souvent Christiane, nous rendait attentifs à des petits détails qui faisaient toute la différence. Sa vision politique résolument à gauche n'a pas bougé d'un poil. On a aussi beaucoup ri naturellement, mais je ne vais pas tout vous raconter cela restera entre nous.

J'aimerais, au nom du Groupe parlementaire PSR, remercier infiniment Christiane pour son implication, ses réflexions, sa fidélité, sa fiabilité. Parce qu'on peut compter sur elle, Christiane ne s'est pas contentée de faire de la politique. Elle est toujours et encore toujours active à l'école, où elle est engagée avec le projet bénévole Win 3, depuis le jour où elle a été à la retraite. Elle est aussi très engagée, en tant que bénévole dans les Cartons du cœur.

Christiane est donc une militante généreuse. Même si elle quitte le Conseil de ville, son cœur reste à gauche, comme elle se plaît à nous de le dire et elle restera active dans le parti. Elle aura plus de temps pour reprendre son violon et pour jouer du piano ou encore profiter d'aller au théâtre, à un concert et au cinéma. Elle va pouvoir profiter d'une plus grande liberté et prendre soin d'elle. Bonne suite à toi, chère Christiane et un immense merci pour ton investissement conséquent. Afin que tu ne t'ennuie pas trop, nous t'offrons quelques places de cinéma. Merci!

Koller Levin, Fraktion SP/JUSO: Chère Christiane, je souhaite aussi au nom de mon Groupe te remercier et te dire au revoir. Nous te remercions pour ton engagement notamment pour la culture et les musiciens et musiciennes. Nous saluons aussi ton engagement durant la campagne « Bienne pour tous » mais aussi sur les réseaux sociaux, où je pense que tu es l'activiste la plus active du parti socialiste. Nous espérons que tu vas rester autant active à l'avenir et nous regrettons ton départ. Nous te souhaitons tout de bon pour ton avenir et surtout la santé. Nous avons aussi un petit cadeau pour toi, du chocolat!

Paronitti Maurice, au nom du Groupe PRR: Chère Christiane, ça ne fait pas longtemps qu'on a appris que tu arrêtais ce qui fait que l'on a pas vraiment pu préparer quelque chose de digne. Ce qu'on peut dire c'est que tes frères ennemis ont toujours appréciés ta rectitude dans tout ce que tu expliquais. Une rectitude toute métronomique, presque. Je n'ai pas grand-chose à dire de plus, sinon une petite pensée musicale. Il paraît que Mozart est mort et pourtant chaque fois que j'ouvre mon frigo, Mozart est là (rires!). Bon vent et merci pour tout.

Wächter Olivier, 1^{er} vice-président: Chère Christiane, moi aussi je t'ai toujours nommée « Vlaiculescu » uniquement, je te prie de m'en excuser. Souhaites-tu prendre la parole ? (*cette intervention est faite en roumain*)

Vlaiculescu-Graf Christiane, PSR : Je vous remercie et je ne souhaite pas prendre la parole.

14. Adieu Vouillamoz Naomi

Schiess Christophe, au nom du Groupe Alliance Verte: Un petit mot tout d'abord pour Christiane. Je pense que je t'avais entendu, il y a une trentaine d'années, jouer Shéhérazade de Rimski-Korsakov. Tu jouais dans l'orchestre à ce moment-là et cela a totalement changé ma vie. Un grand merci.

Chère Naomi, « pour nos enfants », c'était ton slogan en 2020 quand tu participais pour la première fois à une campagne électorale, avec le succès que l'on sait puisque tu vas être d'emblée élu. Voilà donc 3 ans et 2 mois que tu es membre de ce Parlement et ce soir, tu nous quittes que dire! On peut peut-être évoquer ce lieu ici, ce « Rednerpult ». Chaque fois que tu prends la parole, on a encore pu le remarquer tout à l'heure, il y a une écoute toute particulière. Nous vivons une époque où certaines personnes disent qu'en politique aussi il faudrait raconter des histoires. Il faudrait mettre en récit, tout emballer dans une espèce de narration, un peu comme raconter une histoire à ses enfants pour qu'ils s'endorment. Avec toi, c'est tout le contraire, tu ne racontes pas d'histoire, tu dis les choses. En cela, tu nous réveilles, tu nous invites à te suivre en tout cas un bout de chemin. Dans ton analyse du réel, dans ton regard sur notre monde que tu souhaites habitable pour nos enfants et pour nos petits-enfants, tu es précise, factuelle, documentée aussi bien quand il s'agit d'avoir une vision globale des enjeux que pour reconnaître les applications locales ou les leviers qui doivent être actionnés au niveau de notre Ville.

Pour toi, il n'y a pas de contradiction de considérer la transformation nécessaire du système, d'une part et la responsabilité individuelle, d'autre part qui nous appelle chacune et chacun à une transformation intime, à une révolution intérieure. En cela, tu es vraisemblablement la plus verte d'entre nous.

Naomi, nous sommes très reconnaissants aussi parce que tu as eu le courage de poser des questions qui dérangent. Par exemple, chaque fois que nous sommes dans un délire collectif relatif au développement de la numérisation, tu as eu le courage d'évoquer les parois calcaires du Jura que l'on peut escalader, les parcours vita de nos forêts, alors que nous discutons de la pertinence de construire une halle multisport.

Naomi durant ces 3 années, tu auras marqué le Parlement biennois de ton empreinte. Ceci grâce à tes connaissances approfondies, à tes convictions et à tes capacités de persuasion et en proposant de faire accepter des textes forts, notamment en matière de protection et d'adaptation climatique. Je souhaite que cette flamme continue d'animer l'Alliance verte, continue d'éclairer le Parlement. J'espère aussi que cette flamme inspire notre Exécutif afin qu'ils se montre courageux et ambitieux à la hauteur des enjeux que tu sais si bien cerner et décrire. Naomi, nous te remercions pour ton engagement durant ces 3 années dans notre Groupe parlementaire et pour notre Ville. Nous nous réjouissons que tu continues de défendre les valeurs vertes sur d'autres fronts. Nous te souhaitons plein succès dans ta vie professionnelle et plein de bonheur dans ta vie privée avec tes proches et tes enfants. Merci pour tout!

Francescutto Luca, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Chère Naomi, on peut dire que tu as marqué de ton empreinte carbone ces diverses séances. J'ai toujours eu beaucoup de respect pour tout ce que tu es, et ce que tu as raconté. Tu expliquais tes propos toujours de manière très détaillée et scientifique. Voilà, je pense qu'on a beaucoup appris avec toi. J'ai eu beaucoup de plaisir à t'écouter, même si on n'était pas toujours d'accord. C'est égal car cela fait toujours plaisir de voir des gens qui ont autant de connaissances et qui vivent un peu leur passion. J'ai l'impression que tu as envie de sauver le monde. Je ne sais pas si tu vas y arriver mais bon courage pour la suite. Merci!

Koller Levin, Fraktion SP/JUSO: Ich gebe zu, der Zeitpunkt deines Rücktritts hat mich überrascht. Ich war nicht darauf vorbereitet. Ich bedauere deinen Rücktritt sehr, du bist eine der Umweltexpertinnen im Saal und wir konnten viel über die Klimakrise, über den Zustand der Erde und über die Energieprobleme diskutieren. Ich war immer sehr beeindruckt und habe dich bewundert, weil du die Probleme direkt beim Namen genannt hast, ohne Scheuklappen. Denn ehrlich gesagt, sind wir nicht auf gutem Weg auf diesem Planeten und niemand weiss, auf was wir zusteuern. Ich möchte dir wirklich von ganzem Herzen für dein Engagement danken. Ich gehe davon aus, dass du weiterhin in irgendeiner Form aktiv sein wirst.

Stolz Joseline, au nom du Groupe PSR: Chère Naomi, le Groupe PSR était très surpris d'apprendre ton départ et en était vraiment désolé. Tu as une personnalité avec une spécificité vraiment très marquante et tu nous as appris beaucoup de choses.

Je ne parlerais pas d'empreinte carbone mais plutôt d'une empreinte écologique. J'espère que tu continueras à prodiguer cette empreinte partout là où tu iras. J'espère aussi que nous, ici, puissions continuer à nous en souvenir car les propos que tu as tenu sur cette problématique nous ont peut-être aussi rendus beaucoup plus attentifs à la cause. Rien que pour cela, je te dis merci. Je te souhaite tout de bon pour toi, pour ta famille. J'espère que l'on va se croiser car nous sommes voisines.

Vouillamoz Naomi, au nom du Groupe Alliance Verte: Un immense merci pour ces témoignages qui me touchent vraiment. Je reste à Bienne, la porte est ouverte si quelqu'un aurait l'envie que je lui « casse les oreilles » (rires!) avec des histoires d'environnement autour d'un café, c'est plus sympa. Merci beaucoup!

Wächter Olivier, 1^{er} vice-président: Je vous propose de clore cette séance en applaudissant une dernière fois les trois personnes qui quittent ce Conseil de ville même si elles ne sont pas toutes présentes.

15. Neueingänge

20240065	Dringliches Postulat, Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO	DSS
	Lückenlose Transparenz über die Finanzen des Tierschutzvereins Biel	
	Postulat urgent, Clauss Susanne, Groupe PS/JS	ASS
	Transparence sans faille sur les finances de la Société de protection des animaux de Bienne	
20240066	Motion, Magnin Nadia, Fraktion Grünes Bündnis	DSS
	Bekämpfung der Lichtverschmutzung in der Stadt Biel	
	Motion , Magnin Nadia, Groupe Alliance Verte	ASS
	Lutte contre la pollution lumineuse en ville de Bienne	
20240067	Motion, Eggli Roland, GLP	SRB
	Schaffung einer Stadtplanungskommission für die Stadt Biel	
	Motion , Eggli Roland, PVL	BCV
	Création d'une commission d'urbanisme pour la Ville de Bienne	
20240068	Postulat, Rodriguez Ugolini Julian, Fraktion SP/JUSO	DSS
	Niederschwelliger Eventbereich im öffentlichen Raum	
	Postulat , Rodriguez Ugolini Julian, Groupe PS/JS	ASS
	Espace événementiel abordable dans l'espace public	
20240069	Postulat, Rüber Stefan, Fraktion Grünes Bündnis, Tennenbaum Ruth, Fraktion Grünes Bündnis	FID
	Parkings durch die Stadt bewirtschaften	
	Postulat , Rüber Stefan, Groupe Alliance Verte, Tennenbaum Ruth, Groupe Alliance Verte	DFI
	Exploitation des parkings municipaux par la Ville	

20240070	Postulat, Rüber Stefan, Fraktion Grünes Bündnis, Tonon Ariane, Fraktion Grünes Bündnis	DSS
	Einbürgerung von jungen Bielerinnen und Bielern erleichtern	
	Postulat , Rüber Stefan, Groupe Alliance Verte, Tonon Ariane, Groupe Alliance Verte	ASS
	Faciliter la naturalisation des jeunes Biennoises et Biennois	
20240071	Postulat, Schiess Christophe, Fraktion Grünes Bündnis	BEU
	Initiierung eines Projekts zur Organisation von «Bring- und Holtagen»	
	Postulat , Schiess Christophe, Groupe Alliance Verte	TEE
	Mise en place d'un programme de « dépôt et collecte d'objets »	
20240073	Postulat, Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO	BEU
	Keine weiteren Fernwärmeprojekte auf Holzbasis	
	Postulat , Clauss Susanne, Groupe PS/JS	TEE
	Pas de nouveaux projets de chauffage à distance au bois	
20240074	Postulat, Rodriguez Ugolini Julian, Fraktion SP/JUSO	PRA
	Freier Eintritt ins Strandbad Biel bis 16 Jahre	
	Postulat , Rodriguez Ugolini Julian, Groupe PS/JS	MAI
	Entrée gratuite à la plage de Bienne jusqu'à 16 ans	
20240075	Überparteiliche Interpellation, Sprenger Titus, Fraktion Grünes Bündnis, Briechle Dennis, Fraktion GLP+	PRA
	Informationssicherheit und Datenschutz bei externen Leistungserbringern	
	Interpellation interpartis, Sprenger Titus, Groupe Alliance Verte, Briechle Dennis, Groupe PVL+	MAI
	Sécurité de l'information et protection des données chez les fournisseurs de prestations externes	

20240076	Überparteiliche Interpellation, Bord Pascal, PRR, Sutter Andreas, FDP, Briechle Dennis, GLP	FID
	Werden die Räumlichkeiten der Stadtverwaltung angemessen verwaltet?	
	Interpellation interpartis, Bord Pascal, PRR, Sutter Andreas, FDP, Briechle Dennis, PVL	DFI
	Les locaux administratifs sont-ils gérés de manière adéquate ?	
20240077	Interpellation, Maurer Stefan, Fraktion SVP / Die Eidgenossen	PRA
	Linksextreme Veranstaltung «Der Funke» im Volkshaus Biel	
	Interpellation , Maurer Stefan, Groupe UDC/Les Confédérés	MAI
	Manifestation d'extrême gauche « L'étincelle » à la Maison du Peuple de Bienne	

Schluss der Sitzung / Fin de la séance: 22:15 Uhr / heures

Der Stadtratspräsident / Le président du Conseil de ville:

Loderer Benedikt

Der Ratssekretär / Le secrétaire parlementaire:

El Mohib Omar, Ratssekretär

Protokoll:

Flückiger Rita

Scheurer Nathalie

Procès-verbal:

Pinto Bernardino Floriane